



Brutaler Angriff der Dubliner Regierung auf Arbeiter



Reuters

Dublin, 27. November 2010: Mehr als 100 000 protestierten gegen Austeritätsmaßnahmen der Regierung

Den folgenden Artikel schrieben unsere Genossen der Spartacist League/Britain. Er erschien zuerst in Workers Vanguard Nr. 970, 3. Dezember 2010, Zeitung der SL/U.S.

Angesichts einer dramatischen Finanzkrise, die auch andere europäische Länder zu verschlingen droht, stürzte Irland in einen wirtschaftlichen Alptraum. Weil irische Banken durch „toxische“ Schuldtitel massiv gefährdet sind, sah sich die Dubliner Regierung gezwungen, ein Rettungspaket des EU-Rettungsfonds in Höhe von etwa 85 Milliarden Euro auszuhandeln. Bereits bevor die Bedingungen des Bankenrettungsplans von der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) genehmigt waren, verkündete die irische Regierung ein brutales Kahl-schlagsprogramm von 15 Milliarden Euro an Kürzungen im (bereits drastisch beschnittenen) Haushalt.

Der „Nationale Rettungsplan“ des Taoiseach (Premierminister) Brian Cowen von der Fianna-Fáil-Partei stellt den bislang schärfsten Angriff auf den Lebensstandard der Werktätigen in der Geschichte des irischen Staates dar. Der Plan, der von der Grünen Partei, Cowens Koalitionspartner, mitgetragen wird, beinhaltet den Verlust von schätzungsweise 25 000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, gewaltige Erhöhungen von Steuern und Studiengebühren sowie weitere Kürzungen von Sozialausgaben, Löhnen im öffentlichen Dienst und eine bösartige Kürzung des Mindestlohns um einen Euro pro Stunde. Der Haushalt soll Anfang De-

zember dem Dail (Parlament) zur Abstimmung vorgelegt werden, noch vor den Neuwahlen im Januar 2011 – falls die Regierung nicht schon vorher stürzt.

Aber auch Dublins rücksichtsloser Haushaltsplan trug wenig zur Beruhigung der Finanzmärkte bei, und der massenhafte Ausverkauf von staatlichen Schuldverschreibungen geht weiter, wodurch die Kreditaufnahmekosten der Regierung in schwindelerregende Höhe getrieben werden. Die Irlandkrise ereignet sich kaum sechs Monate nach dem EU-Rettungspaket für Griechenland von sage und schreibe 110 Milliarden Euro; heute sind auch die hochverschuldeten Länder Portugal und Spanien bereits in den Sog der Panik geraten, die die europäischen Finanzmärkte ergriffen hat, und Länder wie Belgien sind ebenso stark gefährdet. Irlands Rettungsfonds wird zur finanziellen Stützung seiner größten

Fortgesetzt auf Seite 21

**Frankreich: Streikwelle gegen
Regierungsangriff auf Renten**

Seite 15

Nick Brauns und RIO über Türkei, Kurdistan: Wasserträger für Linkspartei- Reformismus und PKK-Nationalismus

Am 6. Oktober 2010 veranstalteten Nick Brauns und die Gruppe RIO (Revolutionäre Internationalistische Organisation, ehemals Revo) in Berlin eine Diskussion „über die politische Krise in der Türkei, die ArbeiterInnenbewegung, die kurdische Frage und revolutionäre Perspektiven“. Mit ihren Erdölpipelines und der größten NATO-Armee in Europa ist die kapitalistische Türkei sowohl Handlanger als auch wertvolle Beute der Imperialisten. Militärisch den USA untergeordnet und ökonomisch vom deutschen Imperialismus abhängig, vertritt sie deren Interessen im Nahen

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Osten. Seit Mitte der 1980er-Jahre führt die türkische Armee, unterstützt und bewaffnet von den USA und Deutschland, Krieg gegen die kurdische Minderheit, in dessen Verlauf etwa 37000 Menschen getötet und Tausende Dörfer niedergebrannt wurden. Bei der Verfolgung der Kurden, von denen viele als Arbeiter in Europa leben, spielt der deutsche Imperialismus eine Schlüsselrolle, der 1993 die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und über 35 kurdische Vereine in Deutschland verbot. Nach wie vor sind Kurden hier scharfer Repression ausgesetzt (siehe „Stoppt die Abschiebung von Leyla!“, Seite 3).

Genossen der Spartakist-Jugend intervenierten bei der Veranstaltung und zeigten unsere Perspektive des Kampfes für Arbeiterrevolution von Diyarbakir bis Duisburg auf. Da

die kurdische Nation auf vier kapitalistische Staaten aufgeteilt ist – die Türkei, Syrien, Irak und Iran –, ist die Erringung der kurdischen nationalen Unabhängigkeit nur möglich im Rahmen des Kampfes für die Sozialistische Föderation des Nahen Ostens. Nick Brauns sieht dies anders und gab mit seinem Referat den Ton der Veranstaltung an. Sein Ausgangspunkt war die Unterdrückung der Kurden seit den 1920er-Jahren, als Hunderttausende vertrieben wurden. Aber er beschönigte durchweg das Programm ihrer heutigen kleinbürgerlich-nationalistischen Führung, der PKK. Er argumentierte entlang seinem neuen Buch *PKK – Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes: Zwischen Selbstbestimmung, EU und Islam*. Dort schreibt er:

„So wichtig eine kritische Auseinandersetzung mit Programmen der PKK und Äußerungen ihrer Führer ist, darf diese Bewegung dennoch nicht allein danach beurteilt werden. ‚Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme‘ – diese Feststellung von Karl Marx aus dem Jahr 1875 gilt umso mehr für eine Organisation wie die PKK, die in einem politischen Umfeld agiert, in dem geschriebene Theorie wenig gilt und eine Bewegung nach ihrer tatsächlichen Wirkung und Praxis beurteilt wird.“

Dieses Zitat von Marx wurde schon von unzähligen Reformisten aus dem Zusammenhang gerissen und so für ihren Zweck verfälscht. Marx argumentierte damit 1875 gegen das Gothaer Programm der Sozialdemokratie, das nur „gesetzliche Mittel“ vorsah und jeglichen Klassencharakter des bürgerlichen Staates verschwieg. Die „Bewegung“, von der Marx sprach, war eine *proletarische* Bewegung, die sich gegen solche Einschränkungen richtete! Was jedoch die PKK betrifft, ist sowohl ihre „Bewegung“ als auch das Programm, auf dem sie basiert, eine Sackgasse für kurdische Militante.

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler,
Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur),
Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiter: Daniel Witt

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Dezember 2010

Nr. 186

Januar 2011

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
Box 7429 GPO, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

Gesellschafter der Verlag Avantgarde GmbH: Herbert Aubel (Berlin),
Geschäftsführer, 33%; Sylvia Krüger (Berlin), Journalistin, 33%;
Günter Weinreich (Hamburg), Geschäftsführer, 33%.

Weg mit dem Verbot von PKK, DHKP-C und THKP-C! Stoppt die Abschiebung von Leyla!

Kurz nach ihrem 18. Geburtstag erhielt Leyla in Nürnberg den Bescheid über ihre Ausweisung. Begründung: Sie stelle eine Gefahr für die Sicherheit Deutschlands dar, denn Leyla habe an kurdischen Demos teilgenommen und im Alter von 13 Jahren auf einer Demo eine angeblich verbotene kurdische Parole gerufen. Leyla musste im Alter von elf Jahren mit ihrer Familie aus der Türkei fliehen, weil sie der kurdischen Minderheit angehört, die dort seit Jahrzehnten blutig unterdrückt wird. Inzwischen wurde Leyla wegen der Abschiebedrohung der Ausbildungsplatz gekündigt, sie ist traumatisiert und in psychologischer Behandlung. Auch im imperialistischen Deutschland sind die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) und kurdische Vereine als „terroristisch“ verboten, ebenso wie linke türkische Gruppen wie DHKP-C und THKP-C. Kurdische Aktivisten sind regelmäßig brutalem Staatsterror ausgesetzt. Durch den rassistischen „Krieg gegen Terror“, der zuerst die muslimische Minderheit ins Visier von staatlicher Repression nimmt, um letztlich auf die gesamte Linke und Arbeiterbewegung zu zielen, wurde diese Verfolgung noch verschärft.

In Baden-Württemberg wurden in den letzten Monaten 18 linke kurdische Jugendliche verhaftet, weil sie sich am 1. Mai 2010 in Nürtingen gegen türkische Faschisten zur Wehr setzten. Die Jugendlichen sind nun wegen versuchten Mordes angeklagt und stehen ab dem 17. Januar 2011 vor Gericht. Gegen eine Person wird nach Paragraph 129 (Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer kriminellen Vereinigung) ermittelt. Wegen Rädelsführerschaft und Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung wurden am 16. De-

Die PKK hat seit 1984 einen zum Teil heldenhaften militärischen Kampf gegen die weit besser ausgerüstete türkische Armee geführt und so Massenunterstützung unter der kurdischen Bevölkerung in Kurdistan und den städtischen Zentren der Türkei und Westeuropas erlangt. Jedoch stand sie einer Klassenkampfperspektive feindselig gegenüber, d. h. dem Programm, die türkischen Arbeiter vom türkischen Nationalismus zu brechen und für die kurdische Unabhängigkeit zu gewinnen, um vereint mit den kurdischen Arbeitern gegen den gemeinsamen Klassenfeind, die türkische Bourgeoisie und ihre imperialistischen Paten – Deutschland und die USA –, für Arbeiterrevolution zu kämpfen. Stattdessen bestand die PKK-Strategie darin, mittels des Guerillakrieges an den Verhandlungstisch mit der türkischen Bourgeoisie zu gelangen und dort Zugeständnisse im Rahmen des Kapitalismus zu ertröten, der von ihr ausdrücklich akzeptiert wird. Da ihre Perspektive nicht mit einem Kampf für die proletarische Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern verbunden ist, hat die PKK immer wieder versucht, auf die westlichen „demokratischen“ Imperialisten Druck auszuüben, damit diese das türkische NATO-Mitglied dazu bringen, Zugeständnisse zu machen.

Mit der Konterrevolution im degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion und in den deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas haben sich die Angriffe auf die Arbeiter und alle unterdrückten Völker enorm verschärft. Die Türkei bekam



Katrin Meistring

Nürnberg, 9. Dezember 2010: Demonstration gegen die drohende Abschiebung der Kurdin Leyla

zember in Düsseldorf drei angebliche Mitglieder der linken Gruppe DHKP-C zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Wir Spartakisten werden diese staatliche Repression gegen Kurden und Linke in der Arbeiterbewegung bekannt machen, um Solidarität mit den Opfern aufzubauen. Ein Angriff auf Einen ist ein Angriff auf Alle. Wir fordern: *Weg mit dem Verbot der PKK und kurdischen Vereine! Weg mit dem Verbot von DHKP-C, THKP-C! Nieder mit dem rassistischen „Krieg gegen Terror“!* Wir schließen uns den Protesten gegen die Abschiebung von Leyla an und fordern *volle Staatsbürgerrechte für sie und alle, die hier leben! Für die Freilassung der inhaftierten kurdischen Jugendlichen!* ■

nach der kapitalistischen Wiedervereinigung vom deutschen Imperialismus ehemalige DDR-Panzer geschenkt, mit denen dann Tausende kurdische Dörfer zerstört wurden. Die Zerstörung der Sowjetunion als Schutzmacht brachte die PKK dazu, den Kampf für Unabhängigkeit aufzugeben und stattdessen eine „kurdische Intifada“ für „Selbstverwaltung“ innerhalb einer „demokratischen Türkei“ zu propagieren – was Brauns in seinem Referat nur „folgerichtig“ fand. Dieser Strategie von Brauns zur Versöhnung mit dem Kapitalismus stellte ein Genosse der Spartakist-Jugend unsere leninistisch-trozkistische Perspektive entgegen:

„Wir verteidigen die PKK natürlich gegen den bürgerlichen Staat – das ist die Vorbedingung jeder Kritik; aber wir geben ihr keine politische Unterstützung. Nick Brauns dagegen streut kurdischen Militanten Sand in die Augen. Die PKK tritt nicht mal mehr für ‚Sozialismus in einem Viertel Land‘ ein und appelliert offen an die imperialistische EU und die türkische Bourgeoisie. Die einzige Lösung ist eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan – das erfordert sozialistische Revolution in vier Ländern.“

In Bezug auf die Türkei und andere ökonomisch rückständige Länder treten wir für Trotzki's Programm der permanenten Revolution ein, „dass die volle und wirkliche Lösung ihrer *demokratischen Aufgabe und des Problems ihrer nationalen Befreiung* nur denkbar ist mittels der Diktatur des Proletariats als des Führers der unterdrückten Nation und

vor allem ihrer Bauernmassen“ (Leo Trotzki, *Die permanente Revolution*, 1930). Dafür müssen revolutionäre trotzkistisch-leninistische Arbeiterparteien im Nahen Osten als Teil der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale aufgebaut werden. Wie der Genosse weiter ausführte:

„Schlüssel dafür ist, türkische Arbeiter für die Verteidigung der Kurden und für deren Unabhängigkeit zu gewinnen. Darin liegt auch die Verbindung zu Deutschland: Kurdische und türkische Arbeiter hier sind strategischer Bestandteil der Arbeiterklasse und können eine Brücke zu den Kämpfen in der Türkei sein. Hier ist es notwendig, einen politischen Kampf gegen die Sozialdemokratie und für eine revolutionäre Partei zu führen, auch gegen Nick Brauns' Arbeitgeber, die Linkspartei-Fraktion im Bundestag. Die Linkspartei schürt Illusionen in eine ‚bürgerlich-demokratische‘ Lösung mittels der EU. Der SPD/Linkspartei-Senat in Berlin schiebt unterdessen Immigranten ab und seine Bullen terrorisieren kurdische Aktivisten. Man darf nicht vergessen, dass Sarrazin sieben Jahre lang Einpeitscher dieses Senats war. Notwendig ist ein Bruch mit dem Reformismus, ob SPD oder Linkspartei, für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei.“

Ganz sozialdemokratischer „Realpolitiker“, rechtfertigte Brauns die Politik der „klassenübergreifenden Zusammenarbeit“: Diese sei „von den Verhältnissen diktiert“, da PKK-nahe Parteien wie die BDP (Partei für Frieden und Demokratie) in Gestalt lokaler Regierungen des bürgerlichen Staates oft selbst die „Hauptarbeitgeber“ seien – dagegen streike man nicht. Als Mitarbeiter der Linkspartei-Bundestagsfraktion hilft Brauns, der sich als Berater der kurdischen Befreiungsbewegung aufspielt, seit Jahren mit, Kurden in Deutschland an den Reformismus der Linkspartei zu binden. Linkspartei und SPD sind bürgerliche Arbeiterparteien: Sie haben ihre Basis in der Arbeiterklasse, vertreten jedoch ein bürgerliches Programm, den Kapitalismus mitzuverwalten. Gerade weil sie von Zeit zu Zeit gegen einige „Auswüchse“ des Kapitalismus auftritt, ist die Linkspartei dann oft effektiver als die SPD, geschweige denn bürgerliche Parteien, um ihrer Arbeiterbasis die Angriffe der Kapitalisten reinzuwürgen und sie an die reaktionäre EU bzw. den deutschen Imperialismus zu ketten.

Brauns bezieht sich in seinem Buch positiv auf den Antrag der Linkspartei-Bundestagsfraktion von 2008, wo ihm zufolge gefordert wurde, „die friedliche Lösung der kurdischen Frage stärker ins Zentrum der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu stellen“! Das ist ein Appell an den deutschen Imperialismus, der selbst eine führende Rolle bei der Verfolgung der Kurden spielt. Brauns kritisiert lediglich, dass dieser Antrag von der Linkspartei zurückgezogen wurde, da er auch die Forderung enthielt, die PKK und andere kurdische Organisationen nicht mehr als kriminelle Vereinigungen einzustufen. So kapitulierte die Linkspartei feige vor einer Anti-PKK-Kampagne.

RIO hatte Brauns' Politik bei der Veranstaltung außer vereinzelt Murren nichts entgegenzusetzen. Auf dem Papier argumentiert sie für eine „Abgrenzung von allen bürgerlichen Kräften, egal ob AKP oder CHP“, betont die Bedeutung der Arbeiterklasse, kritisiert die Gewerkschaftsbürokratie, wendet sich gegen die Einbindung der Arbeiter als „JuniorpartnerInnen in einer bürgerlichen anti-imperialistischen Front“ und stellt fest, es fehle eine „revolutionäre Partei“. Wie hohl RIOs Forderung nach einer „gemeinsamen revolutionären Organisation der ArbeiterInnen aller Nationalitäten“ ist, zeigt RIO in einer gemeinsamen Erklärung mit Nick Brauns, in der sie an die PKK (kaum verhüllt als „kurdische Bewegung“ bezeichnet) appelliert, diese Forderung umzusetzen:

„Der kurdischen Bewegung, als einzige linksausgerichtete Massenbewegung in der Region, wenn sie sich nicht

mit weiteren 25 Jahren von Unterdrückung und minimalen Zugeständnissen abfinden will, bleibt nur die Option, eine internationale Bewegung der Ausgebeuteten ins Leben zu rufen.“ („Für ein sozialistisches Kurdistan!“, 1. Dezember 2009)

Wie Nick Brauns ist auch RIO nur linkes Anhängsel der Linkspartei. Nachdem RIOs Vorläuferorganisation jahrelang der PDS/Linkspartei „kritische“ Wahlunterstützung gab, auch als diese in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern den Kapitalismus mitverwaltete, bevorzugt RIO momentan den indirekten Weg. Sie bietet der Linkspartei eine Bühne und ordnet ihre Kritik der „Einheit“ mit ihren Blockpartnern SAV, Linkspartei-Jugend Solid oder eben Nick Brauns unter, die die Linkspartei „nach links“ drücken wollen. Im Gegensatz dazu führen wir Spartakisten den politischen Kampf, Arbeiter und Jugendliche von SPD und Linkspartei *loszubrechen* und für den Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei zu gewinnen.

Nicht besser steht es um RIOs Ausführungen zur permanenten Revolution:

„Nur die ArbeiterInnenklasse in der Türkei und Nordkurdistan ist in der Lage, mit dem Imperialismus, den feudalen Strukturen und dem autokratischen Staatsapparat zu brechen. Doch die ArbeiterInnen dürfen keineswegs das bürgerlich-demokratische Programm von den sozialistischen Aufgaben trennen. Nur ein Programm der *permanenten Revolution* kann die Türkei grundlegend ändern.“ („Klassenkampf unter dem Halbmond“, *Revolution*, September 2010)

Doch am Ende bleibt RIO selber gerade die sozialistischen Aufgaben schuldig und bietet stattdessen nur demokratische („Für das bedingungslose Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes!“) und gewerkschaftliche („Für gewählte Streikkomitees!“) Forderungen. Auch mit ihren Forderungen „Für die Besetzung und Verstaatlichung aller Unternehmen, die mit Entlassungen oder Schließung drohen, unter ArbeiterInnenkontrolle!“ und „Für einen Plan öffentlicher Arbeiten, um die Arbeitslosigkeit und die Unterentwicklung zu beenden, unter Kontrolle der ArbeiterInnenorganisationen!“ bleibt es bei einer reformistischen Karikatur des Übergangsprogramms, denn es fehlt gerade das, was den Kern der permanenten Revolution ausmacht: der revolutionäre *Sturz* der Bourgeoisie und die *Machtergreifung* der Arbeiterklasse unterstützt von der Bauernschaft.

Das ist nicht überraschend, freut sich RIO doch ganz im Einklang mit ihren geistigen Vätern von der Gruppe Arbeitermacht, die 1991 in Moskau auf Jelzins konterrevolutionären Barrikaden standen, über die Wiedererrichtung der kapitalistischen Herrschaft in der ehemaligen Sowjetunion: „Heute, nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Sowjetunion und der fortschreitenden Krise des Kapitalismus haben sich die Voraussetzungen für uns Revolutionäre verbessert“ (*Revolution*, 24. April 2006). Auf ihre eigene Weise bestätigt RIO so Trotzki's grundlegenden Punkt: Wer alte Errungenschaften nicht verteidigt, kann niemals neue erobern. Als Trotzkisten haben wir im Gegensatz zu RIO und Nick Brauns die Sowjetunion gegen die kapitalistische Konterrevolution verteidigt und treten heute für die militärische Verteidigung der verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Kuba, Nordkorea, Vietnam gegen Imperialismus und Konterrevolution ein. Auf dieser Grundlage kämpfen wir für den Sturz der parasitären Bürokratien an ihrer Spitze durch politische Revolution und für die Errichtung von Arbeiter- und Bauernräten. Das ist integraler Bestandteil unseres Kampfes für neue Oktoberrevolutionen weltweit, wobei der Kampf gegen die nationale Unterdrückung der Kurden ein wichtiger Motor für die sozialistische Revolution im Nahen Osten und in Deutschland sein wird.■

Mumia Abu-Jamal ist unschuldig! Freiheit sofort!

US-Bundesberufungsgericht: Staatsanwalt fordert Mumias Hinrichtung

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 969, 19. November 2010, Zeitung der Spartacist League/U.S.

Als jüngste Bedrohung für das Leben von Mumia Abu-Jamal fand am 9. November vor dem Dritten Bundesberufungsgericht in Philadelphia eine Anhörung über die Wiedereinsetzung der Todesstrafe für diesen Klassenkampfgefangenen statt. Mumia, ein preisgekrönter Journalist und Unterstützer der MOVE-Organisation in Philadelphia, war 1982 aufgrund falscher Anklagen, den Polizisten Daniel Faulkner getötet zu haben, nach einem abgekarteten Verfahren in die Todeszelle geschickt worden. Um sicher ein Todesurteil zu erreichen, verleumdete die Anklage Mumia, er sei schon immer ein überzeugter „Polizistenmörder“ gewesen, seit er als 15-jähriger ein Sprecher der Black Panther Party war.

Während sich vor dem Gerichtsgebäude Hunderte zu einer Kundgebung für Mumia versammelten, sicherten eine Menge Bullen und FBI-Beamte unter der Aufsicht des Heimatschutzministeriums das Gelände gründlich ab. Im Gerichtssaal selbst war eine große Abordnung der Fraternal Order of Police (FOP, Polizeibruderschaft) zugegen. Zusammen mit den Pressevertretern wurden Unterstützer von Mumia, die die Anhörung besuchten, wie potenzielle „Terroristen“ behandelt und einer Hundestaffel vorgeführt, die ihre Taschen und Körper beschnüffelte.

Es ging bei der Anhörung vor dem Dritten Bundesberufungsgericht um die Anweisungen an die Geschworenen während der Strafzumessungsphase von Mumias Prozess von 1982. 2001 kassierte Bundesrichter William Yohn das Todesurteil, während er Mumias abgekartete Verurteilung in jeglicher Hinsicht bestätigte. Yohn befand das Todesurteil angesichts des Präzedenzfalles Mills gegen Maryland für verfassungswidrig, da durch die Form des Strafzumessungsverfahrens und die Anweisungen an die Geschworenen eine unvoreingenommene Erwägung der mildernden Umstände, die gegen ein Todesurteil sprachen, durch die Geschworenen nicht gewährleistet gewesen sei.

Yohns Entscheidung war vom Dritten Bundesberufungsgericht bestätigt worden, doch im Januar 2010 hob der Oberste US-Gerichtshof das Urteil des Dritten Bundesberufungsgerichtes auf und verfügte damit praktisch eine Wiederinkraftsetzung von Mumias Todesurteil. Der Gerichtshof berief sich auf seine eigene frühere Entscheidung, in der er das Todesurteil gegen den Neonazi Frank Spisak wieder in Kraft setzte, das ebenfalls wegen unzulässiger Geschworenenanweisungen aufgehoben worden war. Wie wir damals in „USA: Oberster Gerichtshof entscheidet gegen Mumia Abu-Jamal“ (*Spartakist* Nr. 182, März 2010) schrieben:

„Spisak ist ein Soziopath, der gestanden hat, seine Opfer ermordet zu haben, und der aus seiner Bewunderung für



Block des Komitees für soziale Verteidigung bei Mumia-Demo in Berlin, April 2008. Das KfsV kämpft gegen Illusionen in die bürgerliche Justiz, für Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiterklasse

Spartakist

Adolf Hitler kein Geheimnis macht. Mumia hingegen hat immer seine Unschuld beteuert und erntete für seine eindrucksvollen Kommentare als die ‚Stimme der Entrechteten‘ Beifall. Der Gerichtshof bedient sich in bewusst manipulierender Weise der Abscheu vor den Verbrechen des Faschisten Spisak, um einen Präzedenzfall für den legalen Lynchmord an Mumia zu schaffen, einem Mann, dessen ‚Verbrechen‘ darin bestand, den rassistischen kapitalistischen Herrschern die Stirn zu bieten.“

Nur Tage vor der jetzigen Anhörung wurde Robert Bryan, der sieben Jahre lang Mumias Hauptanwalt gewesen war, gefeuert. Bryan wollte Mumias Wunsch nicht nachkommen, dass die Juraprofessorin Judith Ritter von der Widener University, die diese spezielle Frage der Geschworenenanweisungen und mildernder Umstände schon früher vor Gericht dargelegt hatte, seine alleinige Vertreterin bei der Anhörung wäre. Unerhörterweise behauptete Bryan in seinem Antrag an das Gericht, mit dem er sich aus dem Fall zurückzieht, er sei von „denjenigen in der ‚Bewegung‘, die behaupten, sie seien gegen die Hinrichtung des Klienten, bedroht worden“, und lieh so verräterischerweise den Verleumdungen der Polizei und ihrer Presseagenten, die Mumias Unterstützer als Kriminelle abstempeln, seine Stimme.

Das dreiköpfige Richtergremium gab sich unvoreingenommen und stellte dem Anklagevertreter Hugh J. Burns Jr. bohrende Fragen. Anzumerken ist, dass das gleiche Gremium auch im Mai 2007 Mumia gewogen schien, bevor es in entscheidenden, von Mumia eingebrachten Punkten gegen ihn entschied: die rassistische Manipulation der Geschworenenauswahl im ursprünglichen Prozess; das benachteiligende

Schlusswort des Anklagevertreters, dass Mumia „eine Berufung nach der anderen“ haben würde und ihn die Geschworenen deshalb getrost zum Tode verurteilen könnten; Mumias grob voreingenommene Berufungshörungen, die unter Vorsitz des berüchtigten „Henker-Richters“ Albert Sabo abgehalten wurden. Dieser als „König des Todestrakts“ bekannte Sabo hatte auch bei Mumias ursprünglichem Prozess den Vorsitz gehabt, bei dem man ihn hatte sagen hören, er werde der Anklage helfen, „den N...r zu braten“. Es wird möglicherweise Monate dauern bis das Dritte Bundesberufungsgericht seine Entscheidung zur Todesstrafe verkündet, die dann wahrscheinlich vor dem Obersten Gerichtshof angefochten wird.

Vom ersten Tag an haben die Gerichte, unterstützt von Politikern der Demokraten und Republikaner, mit Polizei und Staatsanwaltschaft gegen Mumia konspiriert. Auf jeder Ebene weigerten sich die Gerichte, Berge von Beweismaterial für Mumias Unschuld zu berücksichtigen, darunter nicht zuletzt das Geständnis von Arnold Beverly, dass er und nicht Mumia Daniel Faulkner am 9. Dezember 1981 erschossen hat. Während wir dafür sind, jedwede rechtlichen Mittel zu nutzen, die Mumia zur Verfügung stehen, setzen wir in die Gerichte des Klassenfeindes keinerlei Vertrauen. Wie wir seit langem betonen, brauchen wir Massenproteste auf der Grundlage der sozialen Macht der Arbeiterklasse.

Während der jüngsten Phase der Kampagne für legalen Lynchmord an Mumia hat die FOP den Film *The Barrel of a Gun* [Gewehrlauf] des schwarzen Republikaners Tigre Hill empfohlen. Die verlogene Prämisse dieses abgefeimten, abartigen Dokumentarfilmes ist es, dass Mumia als Unterstützer der Black Panther in seiner Jugend, und als journalistischer Verfechter von MOVE, eine Veranlagung zum Bullenmord hatte. Zusammen mit der Centurion-Motorradgang füllten Polizisten den Saal der Filmpremiere dieses Lynchaufrufs am 21. September in Philadelphia und brachen dabei laut Anti-Mumia-Blogger Conor Corcoran in „Tötet ihn!“- und „Bratet ihn!“-Geschrei aus.

In dem Bemühen, Hills Rufmordkampagne entgegenzutreten, hatte am selben Abend der Film *Justice on Trial: The Case of Mumia Abu-Jamal* [Justiz vor Gericht: der Fall von Mumia Abu-Jamal] in Philadelphia Premiere. Der von der

Baruch-Hochschulprofessorin Johanna Fernandez produzierte Film interviewt J. Patrick O'Connor, den Autor von *The Framing of Mumia Abu-Jamal* [Das Komplott gegen Mumia Abu-Jamal] und zeigt viel Beweismaterial für Mumias Unschuld. Jedoch meidet der Film die stichhaltigsten Beweise, nicht zuletzt Mumias eigene Erklärung darüber, was in der Nacht von Faulkners Ermordung geschah und Arnold Beverlys Geständnis, dass er selbst und ein anderer Mann angeheuert worden waren, Faulkner zu töten, der für die Mafia und korrupte Bullen zum Problem geworden war (siehe die Broschüre des Komitees für soziale Verteidigung von 2006, *Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal*).

Viele von Mumias liberalen und sogar linken Unterstützern weisen das Beverly-Geständnis mit seiner deutlichen Darstellung organisierter, mörderischer Bullenkorruption als unglaubwürdig zurück. Tatsächlich ist dies das tägliche Brot für die uniformierten Schläger der Kapitalisten, gerade in Philadelphia. Seit März 2009 wurden 15 Bullen Philadelphias wegen Korruption verhaftet, sechs wurden während dreier Drogenermittlungen hochgenommen und zwei sind wegen Mordes angeklagt; die letzte Verhaftung fand nur Tage vor der Anhörung vor dem Dritten Bundesberufungsgericht statt.

Durch ihre gerichtliche Verfolgung Mumias, eines unbeugsamen Widersachers rassistischen Staatsterrors, lassen die kapitalistischen Herrscher allen, die vielleicht gegen ihr Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem kämpfen möchten, eine Botschaft zukommen. Draußen vor der Gerichtsanhörung trugen Unterstützer der Spartacist League und des Partisan Defense Committee Plakate mit der Aufschrift: „Es gibt keine Gerechtigkeit vor den kapitalistischen Gerichten! Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!“ und „Obamas ‚Krieg gegen den Terror‘ = imperialistische Besetzung im Ausland, politische Unterdrückung zu Hause“. Im Gegensatz dazu verband ein Kontingent von Workers World/International Action Center ihre Standardforderung nach einem „neuen Prozess“ für Mumia mit Appellen an den US-Oberbefehlshaber Barack Obama und seinen Oberbullen Eric Holder, sie sollten sich doch gegen die Todesstrafe aussprechen und Mumias Fall „untersuchen“. Indem sie Vertrauen in die Kräfte von „Gesetz und Ordnung“ des rassistischen Kapitalismus predigen, sind die Reformisten ein Hindernis für einen militanten Kampf zur Verteidigung Mumias.

Mumias Fall muss ein Weckruf für alle Widersacher der rassistischen Todesstrafe sein, die in den USA das Erbe der Sklaverei ist. In Verbindung mit einer wiederbelebten Arbeiterbewegung könnte der Kampf für Mumias Freiheit dem System des Staatsterrors, dessen sich die Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse, die Schwarzen und alle Unterdrückten bedienen, einen machtvollen Schlag versetzen. In einer Polemik gegen die Appelle der Reformisten an Obama und Holder schrieben wir in *Workers Vanguard* Nr. 941 (28. August 2009): „Es steht viel auf dem Spiel und die Lage ist düster, doch jeder wirkliche Kampf für Mumias Freiheit muss auf klassenkämpferischer Opposition gegen die kapitalistischen Herrscher beruhen, die diesen unschuldigen Mann für mehr als die Hälfte seines Lebens im Gefängnis begraben haben.“ ■

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

Massenproteste erschüttern Europa

Nieder mit EU und deutschem Imperialismus!

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Berlin, Samstag, 15. Januar,
15 Uhr, Mehringhof,
Versammlungsraum,
Gneisenaustr. 2a,
Nähe U-Bhf. Mehringdamm

Hamburg, Samstag,
22. Januar, 16 Uhr,
Curiohaus,
Rothenbaumchaussee 15,
Nähe S-Bhf. Dammtor

Nieder mit imperialistischen Provokationen gegen Nordkorea!

Der nachfolgende, leicht redigierte Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 970, 3. Dezember 2010, Zeitung unserer Genossen der SL/USA.

In einer wohlkalkulierten sowohl gegen Nordkorea als auch gegen China gerichteten Provokation haben die USA den atomgetriebenen Flugzeugträger USS George Washington zusammen mit anderen Kriegsschiffen zu einer gemeinsamen Übung mit ihren südkoreanischen Juniorpartnern ins Gelbe Meer entsandt. Diese dreiste Zurschaustellung imperialistischer Militärmacht erfolgte weniger als eine Woche nachdem ein südkoreanisches Seemanöver zu einem Artillerieschusswechsel in anliegenden Gewässern vor der nordkoreanischen Küste geführt hatte. Der Beschuss der Garnisonsinsel Yeonpyeong durch Nordkorea hatte den Tod von vier Südkoreanern, darunter zwei Zivilisten, zur Folge. US-Präsident Barack Obama antwortete mit einer offenen Drohung an Nordkorea und erklärte, dessen Regime sei „eine ernste und anhaltende Bedrohung, mit der man fertig werden muss“.

Für das Proletariat weltweit ist es von grundlegendem Interesse, Nordkorea, einen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat, gegen den US-Imperialismus und die kapitalistischen Herrscher Südkoreas zu verteidigen. Es sind die Imperialisten und ihre Lakaien, die eine anhaltende, tödliche Bedrohung für die arbeitenden Menschen Asiens darstellen. Der US-Imperialismus hat 1945 die atomare Einäscherung von 200 000 Menschen in den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki durchgeführt. Der US-Imperialismus fuhr fort, im Koreakrieg von 1950–53 fast drei Millionen Koreaner abzuschlachten, und tötete in den 60er- und 70er-Jahren bei seinen gescheiterten Versuchen, soziale Revolutionen zu zerschlagen, weitere drei Millionen Vietnamesen. Zu den Verbrechen des japanischen Imperialismus zählt seine vier Jahrzehnte währende brutale Besetzung Koreas, die mit der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg zu Ende ging. Nach dem Krieg wurde der Nordteil der koreanischen Halbinsel durch eine soziale Revolution unter dem Schutz sowjetischer Truppen von kapitalistischer Herrschaft befreit.

Zusätzlich zu ihren militärischen Provokationen fordern die USA bei ihrem Versuch, Nordkorea durch Aushungern zur Unterwerfung zu zwingen, von der UNO, die Wirtschaftssanktionen zu verschärfen. Japan seinerseits hat die Kontrollen durch die Küstenwache im Japanischen Meer verstärkt und die Zahl der Spionageflüge in der Gegend erhöht. Verräterischerweise stimmten in das Kriegsgeschrei gegen Nordkorea die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei Japans mit ein, deren Parlamentsabgeordnete einer Resolution für „Verstärkung der Zusammenarbeit mit Südkorea und den USA“ und für Erwägung weiterer Sanktionen gegen Pjöngjang zustimmten. In Südkorea, wo rechtsgerichtete Parlamentarier ein aggressives Vorgehen gegen Nordkorea, darunter auch Luftangriffe, forderten, servierte die Regierung ihren Verteidigungsminister ab, und das Militär gab neue, weniger restriktive Leitlinien für eine „Erwiderung“ an Nordkorea heraus.

Ein Pentagon-Beamter deutete an, dass die US-südkoreanischen Manöver möglicherweise innerhalb der 200-See-



Workers Vanguard

29. November 2010, Demonstration in New York City verurteilt US-Drohungen gegen Nordkorea

meilen-Zone vor der chinesischen Küste stattfinden könnten – ein Gebiet, über das China Souveränität beansprucht. Die USA versuchen zunehmend Beijing dazu zu bewegen, Nordkorea, das von seinen wirtschaftlichen wie auch diplomatischen Verbindungen zum chinesischen deformierten Arbeiterstaat in hohem Maße abhängig ist, „an die Kandare zu nehmen“. In der jüngst von WikiLeaks veröffentlichten Fundgrube diplomatischer Depeschen der USA findet sich eine nachdrückliche Botschaft von 2007, die fordert, China solle „Maßnahmen ergreifen“, um die Verschiffung nordkoreanischer Raketenbauteile über Beijing in den Iran zu verhindern. Jetzt, wo China sich weigert, Nordkorea wegen der Beschießung von Yeonpyeong zu verurteilen, lehnen die USA, Japan und Südkorea Beijings Ansuchen um ein Kriegsgespräch ab.

Der Yeonpyeong-Zwischenfall fand nur wenige Tage nach dem wiederausgebrochenen Zetergeschrei der Obama-Regierung über Nordkoreas atomare Fähigkeiten statt. Der Wissenschaftler der Stanford-Universität Siegfried Hecker, ein ehemaliger Direktor des US-Atomlabors in Los Alamos, hatte berichtet, nordkoreanische Beamte hätten ihm im Atomkomplex von Yongbyon einen Leichtwasserreaktor-Bauplatz gezeigt. Hecker bemerkte zwar, die Anlage „eigne sich viel mehr zur Stromerzeugung als zum Bombenbau“, meinte aber, dass eine begleitende hochmoderne Urananreicherungsanlage zum Unterhalt ziviler Stromerzeugung Brennstoff für Dutzende von Atombomben bereitstellen könnte. Nordkorea braucht offenkundig beides, Elektrizität und Atomwaffen, letztere zur Abschreckung gegen imperialistische militärische Angriffe. Unzweifelhaft hat die Tatsache, dass Pjöngjang das Potenzial dazu bewiesen hat, dazu beigetragen, dass die USA und ihr südkoreanischer Klientenstaat sich zurückgehalten haben.

Die gegenwärtigen US-südkoreanischen Militärübungen folgen ähnlichen Manövern, die im Juli begannen, angeblich als Antwort auf die Versenkung der südkoreanischen Marine-Korvette Cheonan in der Nähe der Insel Baengnyeong

im März. Ein US-südkoreanischer Bericht behauptete, das Kriegsschiff sei von einem nordkoreanischen Torpedo versenkt worden, was Pjöngjang abstritt. China und Russland glaubten dem Bericht nicht. Wir schrieben damals, dass „die ‚offizielle‘ Geschichte zum Himmel stinkt“. Doch wir beharrten darauf, „selbst wenn Nordkoreas Marine die Cheonan wirklich versenkt haben sollte, wäre es ein Akt der Verteidigung gegen wiederholte Provokationen der USA und Südkoreas“ gewesen („Verteidigt Nordkorea gegen imperialistische Drohungen!“, *Spartakist* Nr. 184, Juli 2010). Unser Artikel erklärt:

„Für uns als Marxisten sind bei dieser Affäre nicht die Behauptungen entscheidend, wer für den Untergang verantwortlich war, sondern **Klassenkriterien**: Obwohl Nordkorea die Last einer nationalistischen stalinistischen Bürokratie am Hals hat, ist es ein Arbeiterstaat, der auf dem Sturz der kapitalistischen Herrschaft basiert.“

Die USA führten den Koreakrieg (unter UN-Flagge) nicht nur, um eine soziale Revolution auf der Halbinsel zu zerschlagen, sondern auch, um den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat China, der aus der Revolution von 1949 hervorgegangen war, zu stürzen. Der Einsatz von einer Million Soldaten der Chinesischen Volksbefreiungsarmee wendete das Blatt gegen die imperialistischen Streitkräfte und führte zu einer Pattsituation am 38. Breitengrad, der Nord- von Südkorea trennt. Ein Friedensvertrag wurde nie unterzeichnet, und der Süden weigerte sich, das Waffenstillstandsabkommen zwischen den USA und Nordkorea zu unterzeichnen. Beide Inseln, sowohl Yeonpyeong als auch Baengnyeong, liegen in umstrittenen Gewässern, die durch eine von den USA einseitig gezogene Demarkationslinie, die der Norden nie anerkannt hat, von Nordkorea abgetrennt wurden. Seit dem Koreakrieg haben die USA im Süden eine massive Truppenpräsenz aufrechterhalten, heute 28.500 Soldaten, und Nordkorea jahrzehntelang militärischer Einkreisung und einem Embargo unterworfen. Wir sagen: **Alle US-Truppen und -Stützpunkte raus aus Südkorea!**

Trotz der Herrschaft eines nepotistischen und bizarren stalinistischen Regimes überflügelte Nordkoreas Planwirtschaft den Süden bis Mitte der 1970er-Jahre erheblich und schuf eine moderne industrielle Infrastruktur. Gleichzeitig hat die Abtrennung vom Süden durch eine „entmilitarisierte Zone“, die mehr Waffen pro Quadratmeter beherbergt als

jeder andere Platz auf der Erde, die Wirtschaft des Nordens in ernste Schieflage gebracht. Nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92, die den Hauptteil der militärischen und technologischen Hilfe für Nordkorea zur Verfügung gestellt hatte, wurde die Lage verzweifelt. 1992 stoppte Chinas nationalistisches stalinistisches Regime billige Öllieferungen an den Norden, um diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu Südkorea aufnehmen zu können. 1995 wurde Nordkorea infolge von Überschwemmungen und Dürren von einer entsetzlichen Hungersnot heimgesucht, von der es sich noch immer nicht erholt hat.

Als Trotzlisten treten wir für bedingungslose militärische Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten – Nordkorea, China, Vietnam und Kuba – gegen Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution im Inneren ein. Gleichzeitig kämpfen wir für proletarisch-politische Revolution zum Sturz der nationalistischen stalinistischen Bürokratien, deren Politik in dem Dogma vom „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ verkörpert ist. Die privilegierten Bürokratien, die den Kampf für internationale proletarische Revolution ablehnen, jagen stattdessen der Schimäre einer „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus nach und unterminieren so die Verteidigung dieser Staaten gegen den Klassenfeind.

2006 und 2009 stimmte China nach Raketentests Pjöngjangs kriminellerweise im UN-Sicherheitsrat für Sanktionen gegen Nordkorea. Ebenso hat China wiederholt „Sechs-Parteien-Gespräche“ – unter Beteiligung der USA, Chinas, Japans, Russlands und der beiden Koreas – vermittelt, die das Ziel hatten, Nordkorea zu entwaffnen. Chinas feige Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Imperialismus gefährdet nicht nur Nordkorea, sondern unterminiert auch in gefährlicher Weise die Verteidigung Chinas selbst.

Was die nordkoreanischen Stalinisten angeht, so fordern sie ihrerseits seit langem eine „friedliche Wiedervereinigung“ mit dem Süden – ein Rezept zur Wiedervereinigung auf kapitalistischer Grundlage. Ein Artikel des Londoner *Guardian* (30. November 2010) mit dem Titel „WikiLeaks Row: China Wants Korean Reunification, Officials Confirm“ [„WikiLeaks-Skandal: Amtsträger bestätigen, China will koreanische Wiedervereinigung“] zitiert chinesische Offizielle in Europa, die sagen, dass auch Beijing die „unabhängige und friedliche Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel auf lange Sicht“ befürworte. Das Programm der **kapitalistischen** Wiedervereinigung ist Verrat nicht nur an dem nordkoreanischen Arbeiterstaat, sondern auch an dem historisch militanten und kampferprobten südkoreanischen Proletariat. Ende November 2010 wurden nach über zwei Wochen Fabrikbesetzung durch Hyundai-Zeitarbeiter in Ulsan gegen sieben der Streikführer Haftbefehle erlassen.

Viele Südkoreaner fühlen sich aufgrund starker nationalistischer Empfindungen, die durch ein Jahrhundert japanischer und amerikanischer Vorherrschaft genährt wurden, mit dem Norden verbunden. Aber Korea ist entlang der **Klassenlinie** geteilt. Koreanischer Nationalismus, der sowohl vom nordkoreanischen stalinistischen Regime als auch von der südkoreanischen reformistischen Linken propagiert wird, dient nur dazu, das südkoreanische Proletariat an seine eigene herrschende Kapitalistenklasse zu fesseln. Es ist notwendig, eine auf proletarischem Internationalismus begründete leninistisch-trotzkistische Partei zu schmieden, die den Kampf für die **revolutionäre Wiedervereinigung Koreas** anführt – für sozialistische Revolution im Süden und proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokraten im Norden. In Verbindung mit dem Kampf für eine proletarisch-politische Revolution in China muss sich dieser Kampf letztendlich zu einem Sieg proletarischer Herrschaft in den imperialistischen Kernländern Japan und USA ausweiten. ■

Spartakist-Abokampagne 2010

Ergebnis der Spartakist-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	80	94	118 %
Hamburg	70	89	127 %
Sonstige	5	7	140 %
Gesamt	155	190	123 %

- Jahresabo: € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

Die Einheitsfronttaktik: Ihre richtige und falsche Anwendung

Wir drucken nachfolgend einen Vortrag ab, den Joseph Seymour, Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., im Sommer 2009 auf der 13. Nationalkonferenz der SL/U.S. gehalten hat.

Die Taktik der Einheitsfront, wie sie ursprünglich auf dem Dritten Weltkongress der Kommunistischen Internationale (Kominintern) im Juni/Juli 1921 entwickelt und dargelegt wurde, war für Massenparteien gedacht, insbesondere die im Entstehen begriffenen kommunistischen Parteien in Deutschland und Frankreich. Sie zielte darauf ab, einen Teil der proletarischen Basis reformistischer Massenorganisationen unter der Führung der Sozialdemokraten und in Frankreich auch der rechtsgerichteten Syndikalisten für sich zu gewinnen. Die Einheitsfronttaktik wurde für *nicht* anwendbar erachtet bei relativ kleinen kommunistischen Parteien wie in Britannien oder den Vereinigten Staaten.

Deshalb ist es wichtig zu verstehen, dass unsere Handhabung der Einheitsfront eine *Anpassung* der ursprünglich konzipierten und umgesetzten Theorie ist. Diese Anpassung enthält zwangsläufig viele Abweichungen, manche von ihnen offensichtlich, andere weniger. So war die typische Form der ursprünglichen Einheitsfront die Kampfmaß-

Von Joseph Seymour

nahme: ein Streik, eine Massendemonstration gegen die Regierungspolitik (manchmal von einem eintägigen Generalstreik begleitet), Verteidigungsaktionen gegen die Faschisten. Im Gegensatz dazu ist die typische Form unserer Einheitsfrontaktivitäten eine vorher geplante politische Protestaktion. Außerdem beruhen diese Protestaktionen häufig auf Forderungen, die von den kleinen linksgerichteten Propagandagruppen, die daran teilnehmen, unmöglich erreicht werden können, z. B. eine Universitätsprotestveranstaltung gegen die US-Besetzung des Irak und Afghanistans. Solche Aktivitäten sind in Wirklichkeit eine Form der Agitation, auf keinen Fall Einheitsfrontaktionen im ursprünglichen Sinne des Wortes.

In diesem Vortrag werde ich mein Augenmerk auf die Einheitsfronttaktik richten, wie sie ursprünglich von Lenin, Trotzki und anderen Führern der frühen Kominintern entwickelt und dargelegt wurde. Doch eine nützliche Herangehensweise bei der Erwägung der Anwendbarkeit der Einheitsfront für eine revolutionär-marxistische Propagandagruppe wie die unsere hat vor sechshundert Jahren der junge englische feudale Krieger Henry Percy, auch bekannt als Hotspur



A.I. Saweljew

W.I. Lenin spricht auf dem Dritten Weltkongress der Kommunistischen Internationale in Moskau 1921

[Heißsporn], angedeutet. Wie in Shakespeares *Heinrich IV*, Erster Teil, wiedergegeben, diskutierte Hotspur die Einheitsfronttaktik mit seinem Verbündeten, dem alten walisischen Stammesfürsten Owen Glendower. Glendower erieferte sich: „Ich rufe Geister aus der wüsten Tiefe.“ Worauf Hotspur antwortete: „Ei ja, das kann ich auch, das kann ein jeder. Doch kommen sie, wenn Ihr nach ihnen ruft?“ Wenn die Geister aus dem reformistischen Sumpf nicht kommen, wenn wir sie anrufen, haben wir keine Einheitsfront.

Agitation und Propaganda

Ich denke, eine Quelle der Konfusion in unseren Diskussionen zur Einheitsfront ist die terminologische Ungenauigkeit, deren Folge ein Mangel an gegenseitigem Verständnis ist. Das heißt, wir benutzen die gleichen Begriffe, meinen aber Unterschiedliches damit. Ein Schlüsselbegriff ist dabei die „Agitation“. Die klassische marxistische Definition von Agitation stammt von einem der ersten russischen Marxisten, Georgi Plechanow, der sie folgendermaßen von Propaganda unterschied. Propaganda ist die Vermittlung vieler komplexer Ideen an wenige Personen. Agitation ist die Vermittlung einiger weniger einfacher Ideen an eine Menge von Personen. Doch in unserer Tendenz wird Agitation oft mit einem Aktionsaufruf in Verbindung gebracht. Der Unterschied zwischen Propaganda und Agitation wird in diesem Fall nicht hinsichtlich der Vermittlung entweder komplexer oder einfacher Ideen gesehen und dargestellt, sondern vielmehr hinsichtlich ihrer unmittelbaren Realisierbarkeit.

Die ursprünglichen Komintern-Dokumente zur Einheitsfront verbanden Agitation mit Propaganda, grenzten aber beides von der Beteiligung am Kampf ab. So erklärte das Dokument „Thesen über die Taktik“ vom Juli 1921:

„Die Kommunistische Internationale hat vom ersten Tag ihrer Bildung an klar und unzweideutig sich zum Zwecke gesetzt nicht die Bildung kleiner, kommunistischer Sekten, die nur durch Propaganda und Agitation ihren Einfluss auf die Arbeitermassen herzustellen suchen, sondern *die Teilnahme an dem Kampfe der Arbeitermassen, die Leitung dieses Kampfes in kommunistischem Sinne und die Bildung im Kampfe erprobter, großer, revolutionärer kommunistischer Massenparteien.*“ (Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Verlag der Kommunistischen Internationale, 1921)

Oder noch einmal in demselben Dokument: „Die kommunistischen Parteien können sich nur im Kampfe entwickeln. Selbst die kleinsten kommunistischen Parteien dürfen sich nicht auf bloße Propaganda und Agitation beschränken“.

Ich werde versuchen, dieses Konzept in Bezug auf unsere eigene Organisation durch ein hypothetisches Beispiel zu erläutern. Angenommen eine Anzahl nicht registrierter Latino-Immigranten, die in Hotels und Restaurants in San Francisco arbeiten, werden von Bundespolizisten verhaftet und abgeschoben. Einige dieser Immigranten sind Mitglieder der Hotel- und Restaurantarbeitergewerkschaft. Ein *Workers-Vanguard*-Artikel zu diesen Vorfällen schließt mit der Stellungnahme, dass es die allgemeine Politik der Arbeiterbewegung sein muss, sich Abschiebungen zu widersetzen und volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten zu fordern. Das ist Agitation. Nehmen wir weiter an, wir haben in der Hotel- und Restaurantarbeitergewerkschaft von San Francisco einige Unterstützer. Sie sind der Meinung, dass viele Arbeiter in der Gewerkschaft durch die Abschiebungen hinreichend wütend sind, um bereit zu sein, sich an einer Protestaktion zu beteiligen. Also bringen unsere Unterstützer auf einer Gewerkschaftsversammlung einen Antrag auf einen eintägigen Proteststreik gegen Abschiebungen und für Immigrantenrechte ein. Dies ist ein Aktionsaufruf. Wir sollten den Begriff Agitation konsequent in seinem ursprünglichen Plechanowschen Sinne verwenden

den und ihn einerseits von Propaganda und andererseits von Aktionsaufrufen klar abgrenzen.

Die Einheitsfront auf dem Dritten Weltkongress

Der Dritte Kongress der Kommunistischen Internationale, der Mitte 1921 abgehalten wurde, erkannte die zeitweilige Stabilisierung der bürgerlichen Ordnung in Europa nach den revolutionären Turbulenzen der unmittelbaren Periode nach dem Ersten Weltkrieg an und thematisierte das. Insbesondere waren Revolutionen in Deutschland und Ungarn und eine beginnende Revolution in Italien von den Kräften der bürgerlichen Reaktion niedergeschlagen worden, angestiftet, vor allem in Deutschland, von den sozialdemokratischen Führern. 1998 hielt Genosse Reuben Samuels eine Schulung zum Dritten Weltkongress ab, in der er die Bedingungen, mit denen der Kongress konfrontiert war, zusammenfasste:

„Die Niederlagen dieser Periode zeigten sowohl die Unreife der jüngst gegründeten kommunistischen Parteien als auch die Fähigkeit der Sozialdemokratie – trotz ihrer Rolle im Ersten Weltkrieg bei der Mobilisierung des Proletariats für die imperialistische Schlächterei und trotz ihrer Vorreiterrolle bei den imperialistischen Feldzügen gegen die Sowjetunion –, in den fortgeschrittenen Industrieländern ihre Basis innerhalb der organisierten Arbeiterklasse zu erhalten.“ („The First Four Congresses of the Communist International“, *Marxist Studies for Cadre Education* Nr. 9, 2003)

In einer Hinsicht stellte die auf dem Dritten Weltkongress entwickelte und angenommene Politik, vor allem die Einheitsfronttaktik, ein *fortgeschritteneres* Stadium des Parteaufbaus dar – man suchte die Unterstützung einer *politisch weniger fortgeschrittenen* Schicht der Arbeiterklasse zu erlangen. Das Hauptthema der Komintern-Dokumente zur Taktik war damals, dass eine Mehrheit der organisierten Arbeiterklasse für die kommunistische Bewegung nicht einfach nur durch Propaganda und Agitation gewonnen werden könne, d. h. auf der Grundlage von Ideen. Dazu müssten die kommunistischen Parteien in der Praxis ihre Führung in den alltäglichen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen beweisen, die oft defensiven Charakter haben und sich um Teilforderungen drehen.

Aus dieser Position ergibt sich jedoch, dass eine Minderheit der Arbeiterklasse, sogar eine zahlenmäßig bedeutende Minderheit – die politisch fortgeschrittensten Elemente –, durch Propaganda und Agitation für den Kommunismus gewonnen werden können, insbesondere durch polemische Angriffe auf die Reformisten und Zentristen. Um 1921 hatten es die kommunistischen Parteien in Deutschland und Frankreich und einigen anderen europäischen Ländern – zum Beispiel der Tschechoslowakei – geschafft, die Masse dieser politisch fortgeschrittenen Arbeiter anzuziehen. Sie sahen sich nun einer *anderen* Aufgabe gegenüber, nämlich der Erlangung der Unterstützung eines Teils der Arbeiter, die immer noch den reformistischen Parteien und den ihr angeschlossenen Gewerkschaften anhängen.

Diese Arbeiter wussten, was Programm, Politik und Praxis angeht, sehr wohl, worum es sich bei den Kommunisten handelte. Das Problem war nicht ein Mangel an Vertrautheit ihrerseits. Vielmehr lehnten diese Arbeiter ab, wofür die Kommunisten standen.



kein Bildnachweis

Dortmund, März 1920: die Rote Ruhrarmee, Einheitsfront von Gewerkschaften und Arbeiterparteien gegen den Kapp-Putsch; 50 000 Arbeiter kontrollierten Ruhrgebiet, später von SPD-Regierung blutig entwaffnet



Labor Defender

New York, April 1927: Demonstration auf dem Union Square für Freiheit der Klassenkriegsgefangenen Sacco und Vanzetti, organisiert von der International Labor Defense, die mit der Kommunistischen Partei verbunden war



Sie billigten weitgehend die bürgerlich-demokratische Ideologie, vor allem die Identifizierung von Demokratie mit einer durch allgemeines und gleiches Wahlrecht gewählten parlamentarischen Regierung. Vielfach sahen sie die Kommunisten als unverantwortliche Heißsporne an, die die ihnen folgenden Arbeiter in abenteuerliche Aktionen führen würden, die von den Kräften des Staates und rechtsgerichteten paramilitärischen Gruppen zerschlagen werden würden.

Jedoch waren einige dieser Arbeiter bereit, mit den Kommunisten auf der Grundlage – allerdings nur auf der Grundlage – gegenseitig vereinbarter Bedingungen zusammenzuarbeiten. In den „Leitsätzen über die Einheitsfront ...“ vom Dezember 1921 wird die Einstellung solcher Arbeiter beschrieben:

„Bedeutende Arbeiterschichten, die den alten sozialdemokratischen Parteien angehören, [wollen sich] nicht mehr mit dem Feldzug der Sozialdemokraten und Zentristen gegen die kommunistische Vorhut zufrieden geben, sie fangen schon an, eine Verständigung mit den Kommunisten zu fordern. Aber sie haben gleichzeitig *noch nicht* ihren Glauben an die Reformisten überwunden, und bedeutende Massen unterstützen noch die Parteien der 2. und der Amsterdamer Internationale. Diese Arbeitermassen formulieren ihre Pläne und Bestrebungen nicht genügend klar, aber im großen und ganzen lässt sich die neue Stimmung auf den Wunsch zurückführen, die Einheitsfront herzustellen und zu versuchen, die Parteien und Verbände der 2. und der Amsterdamer Internationale zum Kampf gegen den Angriff des Kapitals zusammen mit den Kommunisten zu veranlassen.“

Die Amsterdamer Internationale war die Gewerkschaftsgruppierung, die der Zweiten Internationale angeschlossen war.

Es gibt zwei grundlegende Bedingungen, damit die Einheitsfronttaktik effektiv sein kann. Erstens müssen ihre Ziele Angelegenheiten beinhalten – wie Widerstand gegen Lohnkürzungen –, für die reformistisch gesinnte Arbeiter *unabhängig* von dem Angebot zur Zusammenarbeit durch die Kommunisten kämpfen würden. Zweitens muss die Kommunistische Partei genügend soziales und politisches Gewicht besitzen, um den Ausgang solcher Kämpfe substantiell beeinflussen zu können. Wie Trotzki in seinem Artikel von 1922 „On the United Front“ erläuterte ([Über die Einheitsfront], *The First 5 Years of the Communist Inter-*

national, Vol. 2):

„Wo die Kommunistische Partei bereits eine große, organisierte politische Kraft darstellt, aber nicht die entscheidende Stärke erreicht; wo die Partei organisatorisch sagen wir ein Viertel, ein Drittel oder einen noch größeren Teil der organisierten proletarischen Avantgarde umfasst, steht sie vor der Frage der Einheitsfront in all ihrer Schärfe.“

Er unterschied solche Parteien von jenen, die qualitativ kleiner waren:

„In Fällen, in denen die Kommunistische Partei noch eine Organisation einer zahlenmäßig unbedeutenden Minderheit darstellt, erreicht die Frage ihres Verhaltens an der Front der Massenkämpfe keine entscheidende praktische oder organisatorische Bedeutung.“

Im Verlauf meines Vortrags werde ich noch die Taktik erörtern, die von der Kominternführung für jene Parteien ausgearbeitet wurde, die in Trotzki's Worten immer noch eine zahlenmäßig unbedeutende Minderheit waren, insbesondere in Britannien und den Vereinigten Staaten.

Die Einheitsfronttaktik war als zweischneidiges Schwert konzipiert. Wenn die reformistischen Führer einer Einheitsfrontaktion zustimmten, wären die Kommunisten in der Lage in der Praxis zu beweisen, dass sie die effektivsten und militantesten Führer elementarer Arbeiterkämpfe sind. Dadurch würden sie bei den reformistisch gesinnten Arbeitern mehr Gehör finden für die weitergehenden Elemente und Ziele ihres Programms. Wenn die reformistischen Führer das Angebot einer Einheitsfront zurückwiesen, dann könnten die Kommunisten den Arbeitern, die jenen folgten, sagen: „Seht, aus Feindschaft gegenüber dem Kommunismus berauben euch eure Führer eines starken und bereitwilligen Verbündeten bei euren eigenen Kämpfen gegen die Kapitalisten und ihren Staatsapparat.“ Wie Trotzki sagte:

„Es ist erforderlich, dass die kämpfenden Massen jederzeit die Möglichkeit bekommen, sich selbst zu überzeugen, dass das Nicht-Erreichen der Einheit in der Aktion nicht an unserer formalistischen Unversöhnlichkeit liegt, sondern am fehlenden wirklichen Kampfeswillen auf Seiten der Reformisten.“

Der Appell der Komintern „For the United Proletarian Front!“ [Für die proletarische Einheitsfront!] vom Januar 1922 führt aus:

„Kein Arbeiter, ob Kommunist oder Sozialdemokrat oder Syndikalist oder sogar ein Mitglied der christlichen oder liberalen Gewerkschaften, möchte seinen Lohn weiter verringert bekommen. Keiner möchte länger arbeiten, hungrig und in der Kälte. Und daher müssen sich alle in einer Einheitsfront gegen die Angriffe der Bosse vereinigen.“ (*The Communist International, 1919–1943: Documents* Vol. 1, 1919–1922, selected and edited by Jane Degras, 1956)

Zum Verständnis der zentralen Bedeutung elementarer Lohnkämpfe für die Begründung und Durchführung der Einheitsfronttaktik muss man wissen, dass damals in Deutschland, Frankreich und einer Anzahl anderer europäischer Länder die Gewerkschaftsbewegung entlang politischer Linien gespalten war. Die meisten unserer Sektionen sind in Ländern – den USA, Kanada, Britannien, Deutschland, Australien –, in denen es Einheitsgewerkschaften gibt, die die Arbeiter aller politischen Richtungen umfassen. Doch wir haben auch Sektionen in Ländern – Frankreich, Südafrika, Mexiko –, in denen es konkurrierende Gewerkschaftsföderationen gibt, die verschiedenen politischen Parteien angeschlossen sind.

Die Einheitsfront in Frankreich und Deutschland

Unsere Politik gegenüber den politischen Organisationen der Arbeiterklasse *unterscheidet sich* erheblich von der gegenüber den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse. Eine politische Partei besteht aus einem freiwilligen Zusammenschluss individueller Aktivisten auf der Grundlage eines umfassenden Programms zur Organisation oder Reorganisation der Gesellschaft. Wir versuchen eine politisch homogene revolutionäre Avantgardepartei aufzubauen. Dieses Vorhaben beinhaltet oft auch, reformistische und zentristische Parteien zu spalten. So wurde 1920 die französische Kommunistische Partei durch Abspaltung einer linksgerichteten Mehrheit von der reformistischen Sozialistischen Partei gegründet. Auf ähnliche Weise wurde im selben Jahr die deutsche Kommunistische Partei durch Abspaltung einer linksgerichteten Mehrheit von der zentristischen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei aus einer relativ kleinen Organisation von ungefähr 80000 Mitgliedern in eine Massenpartei verwandelt.

Jedoch befürworten wir Industriegewerkschaften und Fabrikkomitees, die *alle* dort beschäftigten Arbeiter ungeachtet ihrer *politischen* Überzeugungen und Zugehörigkeiten umfassen, und versuchen, wenn es angebracht ist, sie

aufzubauen. Unser Ziel ist es, die politische Unterstützung der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder zu bekommen, um die amtierenden reformistischen oder (in den USA) liberalen Gewerkschaftsbürokraten unter Wahrung der Unversehrtheit dieser Organisationen zu ersetzen. Doch die amtierenden Bürokraten werden sich nicht unbedingt an diese Spielregeln halten, vor allem dann nicht, wenn sie verlieren. Das ist in Frankreich 1921 passiert.

In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war die Hauptgewerkschaftsorganisation in Frankreich, die Confédération Générale du Travail (CGT), eine Bastion des linksgerichteten oder revolutionären Syndikalismus. Die CGT war mit Stolz und voller Absicht unabhängig von der Sozialistischen Partei und stand ihr in nicht geringem Maße feindselig gegenüber. Syndikalistische Militante betrachteten diese Partei aus guten Gründen als vorwiegend kleinbürgerliche, von parlamentarischem Karrierismus und intellektuellem Dilettantismus durchdrungene Organisation. Doch in den letzten Jahren vor dem Krieg verringerte sich die Distanz zwischen der CGT und der Sozialistischen Partei zusehends, als eine eher rechtsgerichtete Führung unter Léon Jouhaux die CGT übernahm. Bei Ausbruch des Krieges schlossen sich Jouhaux und andere CGT-Führer mit Führern der Sozialistischen Partei zu einem sogenannten „geheiligten Bund“ der nationalen Verteidigung zusammen. Jouhaux selbst wurde Regierungsfunktionär.

Nach dem Krieg polarisierte sich die CGT zwischen einem erklärtermaßen reformistischen rechten Flügel um Jouhaux und einem amorphen linken Flügel aus pro-bolschewistischen Militanten, Syndikalisten alter Schule und Anarchisten. Konfrontiert mit der wachsenden Aussicht, von den Kräften der Linken verdrängt zu werden, spaltete Jouhaux Ende 1921 die Organisation. Die rechtsgerichtete Gewerkschaftsföderation, die den alten Namen beibehielt, hatte ungefähr 250000 Mitglieder. Die linksgerichtete Organisation mit dem Namen CGT-Unitaire (CGTU), angeführt von einem instabilen Block unerfahrener Kommunisten, Syndikalisten und Anarchisten, reklamierte 350000 Mitglieder für sich. So erforderten wirksame Arbeiterkämpfe über Löhne, Arbeitsbedingungen und Entlassungen gemeinsame Aktionen zwischen den Kommunisten und ihren linksgerichteten Verbündeten in der CGTU und den Reformisten in der CGT.

Die Lage in Deutschland war komplizierter, weil sich die politische Spaltung in Kommunisten und Reformisten mit verschiedenen Formen der wirtschaftlichen Organisationen



Bestellt: *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 27, Frühjahr 2009

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), wird unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in vier Sprachen veröffentlicht. *Spartacist* ist in allen Abonnements der IKL-Zeitungen enthalten, die auf Englisch, Französisch, Deutsch oder Spanisch erscheinen.

Im Artikel „Marxistische Prinzipien und Wahltaktik“ erklären wir unsere neu erarbeitete Position, dass Marxisten aus Prinzip nicht für Exekutivämter des kapitalistischen Staates kandidieren, und ziehen somit explizit die Konsequenz aus Lenins Schriften *Staat und Revolution* und *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky*. Mit diesem Artikel setzen wir die theoretische und programmatische Arbeit der ersten vier Weltkongresse der Kommunistischen Internationale weiter fort.

Der Artikel „Trotzkismus kontra Volksfrontpolitik im Spanischen Bürgerkrieg“ zeigt die Notwendigkeit, revolutionäre Arbeiterparteien vom bolschewistischen Typ zu schmieden.

In „Arbeiterinnen und die Widersprüche im heutigen China“ werden die gewaltigen Widersprüche im bürokratisch deformierten Arbeiterstaat China anhand der Stellung der Frauen aufgezeigt.

1,50 € (72 Seiten)

zu beziehen über die Verlagsanschrift



Workers Vanguard

Washington, 1982: Tausende von Demonstranten stürmen den Capitol Hill hinauf, nachdem sie eine Ku-Klux-Klan-Demonstration verhindert hatten. Südstaaten-Gewerkschafter beteiligten sich an dieser von der SL/U.S. initiierten Einheitsfrontmobilisierung als Antwort auf die Drohung des faschistischen KKK

der Arbeiterklasse überschneidet. Die Sozialdemokraten behielten die Kontrolle über die Hauptgewerkschaftsorganisation, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB). Dies war eine regelrechte Branchengewerkschaft auf der Grundlage von Berufen, nicht von industriellen oder anderen wirtschaftlichen Einheiten. Zum Beispiel gehörten der Maschinistengewerkschaft Maschinisten aus verschiedenen Betrieben an, aber keine Nicht-Maschinisten aus diesen Betrieben. Die Kommunistische Partei versuchte zwar im ADGB zu arbeiten, die sozialdemokratische Bürokratie verstand es aber, bürokratische Methoden anzuwenden, um zu verhindern, dass die Kommunisten entsprechend ihres Einflusses unter der Mitgliedschaft in den Gewerkschaften ihre Autorität ausüben konnten.

Doch ließen die revolutionären Turbulenzen 1918/19 eine andere Form der Massenorganisation der Arbeiterklasse entstehen, die Betriebsräte. Diese umfassten alle Arbeiter im Unternehmen und waren für die Belegschaft repräsentativer als die Gewerkschaften. Betriebsratsvertreter mussten Lohnarbeiter des jeweiligen Unternehmens sein, was bezahlte Gewerkschaftsfunktionäre ausschloss. Ende 1922 hatte die Kommunistische Partei genügend Einfluss erlangt, um einen landesweiten Kongress mehrerer tausend Betriebsräte zu organisieren. So beinhaltete die Einheitsfronttaktik oft Aufrufe zu gemeinsamer Aktion zwischen den kommunistisch geführten Betriebsräten und den sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften.

Ein gutes Beispiel, wie sich die Einheitsfronttaktik in der Praxis darstellte, wenn auch im negativen Sinne, zeigte ein Eisenbahnerstreik Anfang 1922. Die deutschen Eisenbahnen waren Staatseigentum. Im Rahmen eines fiskalischen Austeritätsprogramms kündigte die Regierung an, dass 20000 Eisenbahner entlassen würden. Dies provozierte einen Streik einer unabhängigen Eisenbahnergewerkschaft, die nicht dem ADGB angeschlossen war. Die Regierung unter der Führung des sozialdemokratischen Präsidenten Friedrich Ebert erklärte den Streik für illegal. Als Antwort darauf gab die Kommunistische Partei einen Appell an alle Arbeiterorganisationen heraus, das Streikrecht zu verteidigen, und mobilisierte ihre eigenen Kräfte zur Unterstützung

der Eisenbahnarbeiter. Als die Führer der Sozialdemokratischen Partei und des ADGB sich weigerten, den Streik zu unterstützen, beorderte der Vorstand der Eisenbahnergewerkschaft seine Mitglieder zurück an die Arbeit. Doch die Politik und die Aktivitäten der Kommunisten ließen ihr politisches Ansehen bei einem strategisch wichtigen Teil der Arbeiterklasse ansteigen und diskreditierten die Sozialdemokraten.

Die Einheitsfront und die nachsowjetische Periode

Offensichtlich ist die Anwendung der Einheitsfronttaktik bei elementaren, alltäglichen Kämpfen der Arbeiter gegen das Kapital durch die jungen europäischen kommunistischen Parteien für uns heute nicht relevant und wird es auch morgen nicht sein. Doch es gibt andere wichtige Unterschiede, die viel weniger offensichtlich sind. Ein solcher Unterschied ist die Rolle der Freiheit der Kritik oder genauer gesagt der Kritik selbst. In einem Artikel von 1922 bezeichnete Trotzki die Freiheit der Kritik als eine negative Bedingung der Einheitsfront, d.h. als etwas, von dem sich die Kommunisten nicht abbringen lassen:

„Wir haben mit den Reformisten und Zentristen gebrochen, um die völlige Freiheit zu bekommen, Niederträchtigkeit, Verrat, Unentschlossenheit und den Geist der Halbherzigkeit in der Arbeiterbewegung zu kritisieren. Aus diesem Grund ist jede Art von organisatorischer Vereinbarung, die unsere Freiheit der Kritik und Agitation einschränkt, für uns absolut unannehmbar.“

Denkt daran, wir sprechen von kommunistischen Massenparteien, die in der Lage waren, ihre Kritik an den reformistischen Organisationen deren Mitgliedern und Unterstützern *bekannt* zu machen. Die deutsche kommunistische Partei hatte Anfang der 20er-Jahre Dutzende von Tageszeitungen, die von Hunderttausenden von Arbeitern gelesen wurden, auch von einem Teil der Mitglieder und Unterstützer der Sozialdemokratie. Die deutsche, französische und andere europäische kommunistische Parteien hatten Parlaments- und Kommunalabgeordnete. Sie hatten Gewerkschaftsfunktionäre und Vertreter in Betriebsräten.

In praktisch jeder Fabrik in Deutschland, Frankreich und einigen anderen Ländern wie Italien und der Tschechoslowakei debattierten kommunistische Arbeiter regelmäßig mit sozialdemokratischen, syndikalistischen oder anarchistischen Arbeitskollegen über Politik. Es fehlte nicht an politischen Debatten und Streitgesprächen zwischen den Kommunisten und anderen Tendenzen in der Arbeiterbewegung.

Die SL/U.S. sieht sich gegenüber unseren etwas größeren reformistischen Widersachern – der sozialdemokratischen International Socialist Organization (ISO), den stalinoiden Organisationen Workers World Party und Party for Socialism and Liberation und der maostalinistischen Revolutionary Communist Party – in einer ganz anderen Lage. Die Führer und Kader dieser Organisationen wollen sich nicht in politische Auseinandersetzungen mit uns verwickeln lassen und sehen auch keinerlei Notwendigkeit dazu. Im Gegenteil. Sie versuchen ihre neueren, jüngeren Mitglieder und Kontakte von „den Sparts“ abzuschotten. Die ISO zum Beispiel schließt uns von ihren öffentlichen Veranstaltungen aus. Als Antwort darauf gab es eine Tendenz, die Einheitsfronttaktik zu benutzen, um den Widerwillen unserer reformistischen Widersacher, mit uns politisch zu debattieren, zu umgehen. Über die Wirksamkeit der Taktik zu diesem Zweck lässt sich streiten.

Nicht bestreiten lässt sich jedoch, dass dies *nicht* der ursprüngliche Zweck der Einheitsfronttaktik gewesen ist. Ihr Ziel war es nicht, eine zusätzliche Bühne der Auseinandersetzung mit den Reformisten über Lehre und Programm zu schaffen, sondern sie auf einer völlig anderen Ebene anzugreifen. So erklärten die „Leitsätze über die Einheitsfront ...“ vom Dezember 1921:

„Nachdem sie sich die organisatorische Freiheit der *geistigen Einwirkung* auf die Arbeitermassen gesichert haben, sind die kommunistischen Parteien aller Länder bestrebt, jetzt in allen Fällen eine möglichst breite und vollkommene Einheit der *praktischen Aktion* dieser Massen zu erreichen.“ (Hervorhebung im Original)

Zum Schluss werde ich die Taktik erörtern, die von der Kominternführung für die kleineren Kommunistischen Parteien in Britannien und den Vereinigten Staaten ausgearbeitet wurde, für die die Einheitsfront nicht anwendbar war, d.h. denen ein ausreichendes Gewicht fehlte, um Massenaktionen der Arbeiterklasse zu initiieren und zu organisieren. Gleichzeitig waren dies aber auch keine Propagandagruppen. Anfang der 1920er-Jahre hatten die britische und die amerikanische KP Tausende erfahrene Arbeiterkämpfer und hatten in ihren führenden Reihen einige weithin bekannte und angesehene Arbeiterführer wie Tom Mann in Britannien und William Z. Foster in den USA.

Sowohl bei der britischen als auch bei der amerikanischen Partei spielte Lenin eine zentrale Rolle bei der Ausarbeitung der geeigneten Taktik. Der Dreh- und Angelpunkt der Einheitsfronttaktik ist das Angebot der Kommunisten an die reformistischen Organisationen, einschließlich ihrer jeweiligen Führung, zum gemeinsamen Kampf. In Britannien drückte sich dies in kritischer Wahlunterstützung für die Labour Party aus und auch im Angebot der Kommunisten, der Labour Party beizutreten. Dabei würden die Kommunisten offen als eine organisierte Fraktion auf der Grundlage eines revolutionären Programms fungieren. Gleichzeitig würden Kommunisten als Mitglieder der Labour Party bei ihrem Aufbau mithelfen, zum Beispiel durch die Gewinnung politisch rückständigerer Arbeiter, die noch immer die Liberalen und die Tories unterstützten.

In den USA waren die Gewerkschaften die einzigen Massenorganisationen der Arbeiterklasse (und sind es immer noch). Daher die Forderung der Kommunisten, dass die Gewerkschaften eine den Demokraten und Republikanern entgegengesetzte politische Partei gründen sollten, an der

sich die Kommunisten beteiligen würden. Ob viele, vielleicht die meisten, amerikanische Kommunisten die Taktik als Aufruf und Bereitschaft missverstanden, eine neue reformistische Partei ähnlich der britischen Labour Party aufzubauen, darauf werde ich nicht eingehen. Diese Frage ist für den Zweck dieses Vortrags nicht von Belang. Worum es geht, ist ein Verständnis davon, dass die Befürwortung einer auf den Gewerkschaften basierenden Partei die amerikanische Entsprechung zur Einheitsfronttaktik war.

Anfang der 1970er-Jahre hatten wir eine ausgiebige interne Diskussion über die Frage der Labour Party. Der Inhalt und die Schlussfolgerungen der Diskussion wurden 1972 zusammengefasst in einem Vortrag des Genossen Jim Robertson, „Rede über die Labor-Party-Frage“, abgedruckt in *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 5, Mai 1977. Er erläuterte:

„Während der letzten Debatte in New York habe ich meine gesamte Redezeit den Beschlüssen des Dritten und Vierten [Welt]kongresses [der KI] gewidmet. Diesmal will ich nicht darauf eingehen und stattdessen einfach klarmachen, dass die Labor-Party-Losung die jetzige amerikanische Form der Frage der Einheitsfront darstellt. Die Frage stellt sich in dieser Form, weil es in den USA an einem massiven politischen Ausdruck des Reformismus beziehungsweise des Stalinismus mangelt; vorhanden sind dagegen organisierte Industriegewerkschaften mit einer dem Kapitalismus zutiefst verpflichteten Bürokratie an der Spitze: es ist in Bezug auf sie, dass die Frage der proletarischen Einheit und des Weges zu einem im Kampf errungenen Sieg des Kommunismus die Labor-Party-Frage in den Brennpunkt rückt.“

Jim betonte auch, dass eine tatsächliche Bewegung hin zu einer solchen Labor Party oder auch bloß eine maßgebliche Stimmung dafür nur durch ein qualitativ höheres Niveau des proletarischen Kampfes hervorgerufen werden könne, als es seinerzeit oder sogar während der großen Streiks existierte, durch die in den 1930er-Jahren die Massenindustriegewerkschaften aufgebaut wurden. Ohne einen solchen stürmischen Aufschwung des proletarischen Kampfes ist unser Eintreten für eine gewerkschaftsbasierte Partei in Opposition zu den Demokraten ein *untergeordneter Aspekt* unserer grundlegenden Propaganda für die Diktatur des Proletariats (ausgedrückt in der Verwendung des Begriffs „Arbeiterregierung“).

Diese Herangehensweise an die Labor-Party-Frage ist, wie ich denke, für die SL/U.S. in der gegenwärtigen Periode von allgemeiner Bedeutung. Es ist viel darüber geredet worden, ob wir eine Perspektive haben oder nicht. Ich denke, wir haben eine Perspektive, aber nicht so, wie der Begriff bisher gebraucht wurde. Unsere Perspektive sollte die Herausgabe von mehr und besserer Propaganda sein, im Plechanowschen Sinne, wenigen Personen viele komplexe Ideen zu erklären. Lasst uns endlich Schluss machen mit der Jagd nach schnellem Erfolg. Wenn sich in der Zukunft Gelegenheiten zum organisatorischen Durchbruch ergeben, werden wir es alle merken. Zweifellos werden diese sowohl objektive Probleme als auch interne Differenzen mit sich bringen, möglicherweise auch Kämpfe, doch so etwas ist in unserer Tendenz seit dem Untergang der Sowjetunion nicht passiert.

Was passiert ist, denke ich, ist ein tiefgehender subjektiver Drang, organisatorische Durchbrüche zu erreichen, um (vor allem uns selbst) zu beweisen, dass wir *nicht* historisch irrelevant sind, da jeder andere auf der Welt der Meinung ist, wir seien historisch irrelevant. Wir sind historisch relevant, doch wir müssen und können dies jetzt nicht durch wesentliche organisatorische Durchbrüche oder irgendeine andere Art äußeren Erfolgs beweisen. Das ist einfach objektive Realität. ■

Frankreich: Streikwelle gegen Regierungsangriff auf Renten



Getty

Der nachfolgende, leicht redigierte Artikel wurde von unseren französischen Genossen geschrieben und erschien zuerst in Workers Vanguard Nr. 968, 5. November 2010.

Der Kampf französischer Arbeiter zur Verteidigung ihrer Renten gegen Angriffe der Regierung war seit Jahren eine der schärfsten Klassenauseinandersetzungen, die das Land erlebt hat. Streiks von Arbeitern bei Ölraffinerien und strategischen Ölterminals, die den Schwerpunkt des Kampfes bildeten, legten zuletzt alle 12 Raffinerien des Landes still, bevor die Streiks Ende Oktober beendet wurden. Streiks von Eisenbahn-, Metro- und Flughafenpersonal legten das Transportwesen lahm, während im ganzen Land Tankstellen aus Nachschubmangel geschlossen wurden, der auch den treibstoffhungrigen industriellen Sektor bedrohte. Ein 33-tägiger Streik von Ölterminalarbeitern in der Region von Marseille stoppte etwa 80 Schiffe vor der Mittelmeerküste. In mindestens zehn Städten streikten Müllarbeiter. In Marseille häuften sich 11 000 Tonnen nicht abgeholten Mülls in den Straßen.

Millionen im ganzen Land machten im September und



Reuters

Links: Demonstration in Lyon gegen Austeritätsprogramm der Regierung im Rahmen eines nationalen Protesttags, der 3,5 Millionen auf die Straße brachte, 19. Oktober. Oben: Bullen brechen Blockade streikender Arbeiter bei Grandpuits-Ölraffinerie südöstlich von Paris, 22. Oktober

Oktober zu Demonstrationen mobil. Doch trotz überwältigenden öffentlichen Widerstands gegen die vom rechtsgerichteten Präsidenten Nicolas Sarkozy vorangetriebene Renten„reform“ verabschiedete das Parlament letzte Woche ein Gesetz, das das Renteneintrittsalter um zwei Jahre auf 62 und das Mindestalter für vollen Rentenanspruch auf 67 Jahre anhebt.

Entschlossen, den französischen Kapitalismus gegenüber seinen imperialistischen Rivalen konkurrenzfähig zu machen, ging Sarkozy mit allen Mitteln gegen die Streikenden vor. Hunderte von Bereitschaftsbullen wurden zur gewaltsamen Auflösung von Streikpostenkettens aufgeboten, die Raffinerien, Treibstofflager und andere Industrieanlagen blockierten. Die gesamte Stadt Donges in der Nähe von Nantes, die eine der größten Raffinerien des Landes beherbergt, wurde von Armee und Bereitschaftsbullen in Belagerungszustand versetzt. Streikende in der Grandpuits-Raffinerie in der Nähe von Paris wurden im Namen der „nationalen Sicherheit“ unter Androhung einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe zur Arbeit zwangsverpflichtet. Seit

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Nein zu einer neuen Volksfront!

Mitte Oktober hat die Regierung mindestens 2500 Menschen verhaftet.

Diese Angriffe auf Streikende – und auf das Streikrecht selbst – gingen mit systematischer Bullengewalt gegen Jugendliche weiterführender Schulen einher, insbesondere gegen Berufsschüler aus der Arbeiterklasse mit einem starken Minderheitenanteil. Jugendliche nahmen in großer Zahl an den Demonstrationen teil, in dem Bewusstsein, dass eine



Oberschüler in Montpellier demonstrieren gegen Renten-„reform“ plan, 14. Oktober. Unten: Bereitschaftsbullen gehen bei Protesten in Lyon brutal gegen Jugendliche vor, 19. Oktober



Erhöhung des Rentenalters die Jugendarbeitslosigkeit, die für unter 25-jährige bei 23 Prozent liegt, weiter verstärken würde. In den letzten Jahren haben Schüler unzählige Protestaktionen durchgeführt, unter anderem gegen den Abbau von Arbeitsplätzen im Bildungswesen. Seit 2007 wurden etwa 50000 Stellen für Lehrer gestrichen, und die einzigen neuen Ausgaben im Bildungswesen wurden für „Sicherheit“, Polizeipatrouillen und private Sicherheitsdienste getätigt. Wir fordern: **Einstellung aller Verfahren gegen die Streikenden und Schüler! Sofortige Freilassung der Demonstranten!**

In ganz Europa sind die kapitalistischen Herrscher dazu entschlossen, die Arbeiter für die weltweite Wirtschaftskrise durch Demontage der Renten, Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst und Streichungen bei den noch verbliebenen

Leistungen des „Sozialstaates“ zahlen zu lassen. Dies hat bis Oktober 2010 zu einer Reihe von eintägigen Generalstreiks geführt – ein halbes Dutzend allein in Griechenland – und zu einem weiteren wurde für November in Portugal aufgerufen. Doch die Kampfbereitschaft der Arbeiter läuft dem politischen Programm der Gewerkschaftsbürokratie zuwider, die nur die „Auswüchse“ kapitalistischer Kahlschlagspolitik lindern möchten.

In Frankreich ist die Gewerkschaftsbewegung in verschiedene Verbände unter dem Einfluss jeweils einer oder mehrerer reformistischer Parteien zersplittert. Geht es nach diesen Reformisten, dann sollte der Kampf der Arbeiter gegen den Angriff auf die Renten dazu dienen, Sarkozy zu „schwächen“ und die Basis für die Wahl einer „linken“ Regierung 2012 zu schaffen, wenn Präsidentschafts- und Parlamentswahlen anstehen. Dahingehend äußerte sich der Wortführer der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) Olivier Besancenot, der im August erklärte: „Das Ergebnis von 2012 wird zu einem großen Teil von dem Kampf um die Renten abhängen. Jetzt gilt es, die Regierung und die Rechte zu schwächen.“

Der Kampfgeist der Arbeiter ist durch die Kriecherei der Gewerkschaftsführer untergraben worden. Diese Bürokraten, die der Verteidigung der Interessen des französischen Kapitalismus verpflichtet sind, akzeptieren die Notwendigkeit einer „Reform“ des staatlichen Rentensystems, um Kosten einzusparen – sie forderten einfach nur einen Sitz am Verhandlungstisch. Monatlang haben die Gewerkschaftsoberen nachdrücklich betont, sie würden einer Anhebung der für einen vollen Rentenanspruch notwendigen Anzahl Arbeitsjahre (die Position des Gewerkschaftsverbandes CFTD) oder einer Anhebung der vom Lohn der Arbeiter abgezogenen Rentenversicherungsbeiträge (die Position des Gewerkschaftsverbandes CGT) zustimmen. Ein Mitarbeiter des CFTD-Chefs François Chèreque sagte der Pariser Tageszeitung *Libération*: „Insgeheim würden es einige Verbandsführer nicht ungern sehen, wenn die Bewegung im Sande verlaufen würde.“

Beim Kampf um die Renten legte die Intersyndicale – ein Zusammenschluss von Bürokraten der verschiedenen Gewerkschaftsverbände, der von den linksgerichteten Organisationen, darunter NPA und Lutte ouvrière (LO), unterstützt wird – von Anfang an den Schwerpunkt auf die Mobilisierung für eine Reihe einzelner „Aktionstage“.

Diese Veranstaltungen waren weitgehend nach dem Rhythmus der parlamentarischen Beratungen zur Renten-„reform“vorlage gestaffelt – zur Beratung der Vorlage in der Nationalversammlung, zur Abstimmung im Senat usw. –, mit dem Ziel, einige Zugeständnisse bei der Formulierung des Gesetzes herauszuschlagen.

Nach dieser bitter durchkämpften Streikwelle kehrten viele Arbeiter wütend an ihren Arbeitsplatz zurück, verfluchten Sarkozy und schworen, dass er nach den nächsten Parlamentswahlen ohne Job dastehen werde. Doch die Frage ist: In welche Richtung wird diese Wut gelenkt werden? Wird sie in Unterstützung für eine neue Volksfrontregierung kanalisiert werden, in der die reformistischen Arbeiterparteien im Bündnis mit den Parteien des kapitalistischen

Klassenfeindes die Geschäfte des bürgerlichen Staates verwalten? Werden Bourgeoisie und Gewerkschaftsbürokraten die Wut der Arbeiter in die Bahnen von immigrantenfeindlichem Rassismus und nationalem Chauvinismus lenken? Oder wird das Proletariat unabhängig und zur Verteidigung seiner Klasseninteressen mobil machen? Hier stellt sich grundlegend die Frage der Führung. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, eine revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden, die auf das marxistische Verständnis gegründet ist, dass das kapitalistische System durch sozialistische Revolution gestürzt werden muss.

Insbesondere seit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 haben die reformistischen Arbeiterführer und die „extreme Linke“ den Kreuzzug der Kapitalisten vom „Tod des Kommunismus“ in sich aufgesogen, der den Kommunismus bestenfalls als „gescheitertes Experiment“ darstellt. Bei unseren Interventionen in die jüngste Streikbewegung strebte die Ligue trotskyste de France, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, danach, wie bei all unserer Arbeit, dem revolutionären Programm des Bolschewismus und den befreienden Idealen des Kommunismus wieder Geltung zu verschaffen.

Die kapitalistischen Herrscher haben immer wieder bewiesen, dass sie Feinde des menschlichen Fortschritts sind. Im Gegensatz zu den Reformisten, die die Unverletzlichkeit der kapitalistischen Ordnung hochhalten, ist es unser Ziel, eine revolutionäre, multiethnische Arbeiterpartei aufzubauen, die den Kampf für eine sozialistische Revolution anführt. Der bolschewistische Führer Leo Trotzki betonte im Übergangsprogramm von 1938, das inmitten der Weltwirtschaftskrise geschrieben wurde, treffend: „Kann der Kapitalismus die Ansprüche nicht befriedigen, die sich unvermeidlich aus den von ihm erzeugten Übeln ergeben, dann mag er zugrunde gehen.“

Die Volksfront: für Arbeiter tödliche Illusion

Die kapitalistische Regierung dient den Interessen der Bourgeoisie auf Kosten der Arbeiter und Unterdrückten, egal ob sie von Parteien der Linken oder der Rechten gestellt wird. Um zu sehen, wie eine linke Regierung den Abbau der Errungenschaften der Arbeiterklasse betreibt, muss man nur auf die andere Seite der Pyrenäen schauen, wo die Regierung von José Luis Zapatero PSOE (Sozialistische Arbeiterpartei) ebenfalls Kahlschlagsmaßnahmen zu verhängen versucht, darunter auch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters. Das neue Arbeitsgesetz könnte man beschreiben als CPE – aber für jedermann, nicht nur für Jugendliche. (Der CPE [Ersteinstellungsvertrag] war ein nach Protesten zurückgezogenes französisches Gesetz von 2006, das für neue Arbeiter unter 26 Jahren eine zweijährige Probezeit vorsah, in der sie ohne Angabe von Gründen hätten gefeuert werden können.) Als Arbeiter im September gegen das neue Arbeitsgesetz einen eintägigen Generalstreik durchführten, schickte Zapatero die Bullen, um die Streikpostenkettens zu zerschlagen (sie gingen so weit, dass sie gegen Streikposten bei der CASA-Flugzeugfabrik in der Nähe von Madrid Schusswaffen einsetzten).

Doch die spanischen Gewerkschaftsoberen predigen den Arbeitern, dass die PSOE an der Macht „ihre“ Regierung sei. Als Zapatero im Juni sein Arbeitsgesetz verkündete, riefen die Gewerkschaftsfunktionäre zu einem eintägigen Generalstreik auf ... der drei Monate später abgehalten werden sollte, was dem Versuch gleichkam, von der Regierung eine Erlaubnis für den Streik zu bekommen. Die Regierung antwortete auf den Generalstreik vom 29. September, indem sie einen Vertreter des Gewerkschaftsverbandes UGT, Valeriano Gómez, zum neuen, für die Renten „reform“ verantwortlichen Arbeitsminister ernannte!

In Frankreich treten linke bürgerliche Regierungen in

Gestalt von „Volksfronten“ auf – d. h. Bündnissen zwischen reformistischen Parteien der Arbeiterklasse und direkten Vertretern der Bourgeoisie. Revolutionäre lehnen solche Bündnisse, die die Arbeiter durch die offene Klassenzusammenarbeit ihrer Führer an den kapitalistischen Klassenfeindketten, bedingungslos ab. Schaut man auf die Geschichte, so diente die Volksfront dazu, Arbeiterkämpfe ins Leere laufen zu lassen, auch durch das Ablenken vom Kurs auf eine Arbeiterrevolution, und dazu, die Arbeiter oftmals in blutige Niederlagen zu treiben. Im französischen Generalstreik von 1936 würgte die Volksfront – eine Koalition aus Sozialdemokraten, der stalinistischen Kommunistischen Partei (KPF) und der bürgerlichen Radikalen Partei – eine vorrevolutionäre Situation ab, indem sie den Aufruhr in parlamentarische Bahnen ablenkte, was letztendlich 1940 zur Übergabe der Macht an den nazifreundlichen Marschall Pétain führte.

Die Zerstörung der Sowjetunion hat weltweit zu einem tiefgreifenden, wenn auch ungleichmäßigen, Rückschritt im politischen Bewusstsein geführt, so dass selbst fortgeschrittenere Arbeiter ihre Kämpfe nicht mehr mit dem Endziel des Sozialismus in Zusammenhang bringen. Obgleich die westeuropäischen Bourgeoisien heutzutage nicht unmittelbar eine rote Revolution fürchten, haben sich Volksfrontregierungen oft als effektiver als rechtsgerichtete Regime erwiesen, wenn es darum geht, gegen die Arbeiterklasse gerichtete Maßnahmen durchzusetzen. So war es ein 1991 veröffentlichtes „Weißbuch“ der Volksfrontregierung von François Mitterrand/Michel Rocard, das zwei Jahre später als Grundlage für eine Anhebung der für einen vollen Rentenanspruch notwendigen Anzahl Arbeitsjahre – von 37,5 auf 40 Jahre – im privaten Sektor diente. Im Dezember 1995 zwang eine Welle militanter Streiks die rechtsgerichtete Regierung, Rentenkürzungspläne im öffentlichen Sektor fallen zu lassen. Doch die falschen Führer der Arbeiterklasse verrieten den Kampfgeist und die Opferbereitschaft der Arbeiter. Das Ergebnis waren Neuwahlen, die 1997 unter Premierminister Lionel Jospin von der Sozialistischen Partei eine Volksfrontregierung an die Macht brachten, der auch KP-Minister angehörten. Der „Charpin-Bericht“, der unter anderem de facto vorschlug, das Renteneintrittsalter auf 65 Jahre anzuheben, und so den Rahmen für die heutigen Angriffe auf die Renten darstellt, wurde unter Jospin veröffentlicht.

Der Kampf für eine revolutionäre Führung des Proletariats

Angesichts Sarkozys entschlossenen Angriffs auf die Renten haben viele kämpferische Arbeiter genau verstanden, dass isolierte „Aktionstage“ nicht ausreichen. Kleine, lokale und meist kurzlebige Initiativen, auch von Eisenbahnarbeitern, breiteten sich aus wie anarchische Gärung, der jedoch ein Plan fehlte. Doch im Gegensatz zum Dezember 1995, als Eisenbahn- und Nahverkehrsarbeiter an der Spitze des Kampfes standen, der die öffentlichen Verkehrsmittel für mehr als drei Wochen lahm legte und damit praktisch das Ende der rechtsgerichteten Regierung von Jacques Chirac/Alain Juppé bedeutete, ist heute die Lage der Eisenbahnarbeiter weit schwieriger. Gemäß des Gesetzes über „sozialen Dialog“ von 2007 haben die Gewerkschaftsbürokraten mit den Bossen die Aufrechterhaltung eines Mindestmaßes an Bahnverbindungen während des Streiks ausgehandelt.

Die Gewerkschaftsbürokraten akzeptieren den Rahmen des Kapitalismus und wagen nur zu fordern, was sie mit dem Fortbestehen und dem Wohlergehen der eigenen nationalen herrschenden Klasse für vereinbar halten, von der sie einige Krumen abzubekommen hoffen. So ist der Gewerkschaftsopportunismus naturgemäß eng national beschränkt. Und die Bürokraten tragen selbst zur Verbreitung chauvinisti-



Flughafen Charles de Gaulle, 20. August: Französische Polizei schiebt während Massendeportationskampagne rumänische Roma ab

schen Giftes in der Arbeiterklasse bei.

Dies untergräbt unmittelbar die Kämpfe der Arbeiterklasse, wie die jüngsten Streiks der Raffineriearbeiter, die z. B. bei den Kämpfen zur Verteidigung der Renten an vorderster Front standen und gleichzeitig gegen die Bedrohung ihrer eigenen Arbeitsplätze kämpften. Vom Standpunkt der Kapitalisten gibt es wegen der durch die Rezession zusammengebrochenen Treibstoffexporte in die USA ein Dutzend zu viele Raffinerien in Europa. Französische Gerichte genehmigten kürzlich die Schließung der Raffinerie in Dunkerque, und Petroplus kündigte die Schließung der Raffinerie von Reichstett in der Nähe von Strasbourg im Osten des Landes an.

Die französischen Raffineriearbeiter hätten an ihre Klassenbrüder in Deutschland, den Niederlanden, Italien und anderswo appellieren müssen, um die Lieferung von Raffinerieerzeugnissen nach Frankreich zu verhindern, die dazu dienen sollten, den Streik zu brechen. Laut *Le Monde* online (26. Oktober 2010) blockierten belgische Gewerkschafter ein Treibstoffdepot von Total im belgischen Feluy, um Lieferungen nach Frankreich zu verhindern. Doch ein möglicher internationalistischer Kampf wird durch die nationalistische Sichtweise der Gewerkschaftsbürokraten untergraben, deren Auffassung ist: Wenn es in Europa Fabrikschließungen und Arbeitsplatzverluste geben muss, dann bitte in anderen Ländern (im Gegensatz dazu siehe die gemeinsame Erklärung der IKL „Für internationalen Klassenkampf gegen Airbus-Bosse!“, *Spartakist* Nr. 166, Frühjahr 2007).

Die Umstände schreien nach einer neuen, revolutionären Führung des Proletariats. Die Schmiedung einer solchen Führung erfordert einen politischen Kampf gegen die gegenwärtige Führung der Arbeiter und insbesondere gegen diejenigen, wie NPA und LO, die innerhalb der Gewerkschaften daran arbeiten, der Bürokratie ein linkes Mäntelchen umzuhängen.

Eine revolutionäre Führung würde für eine Reihe von Übergangsforderungen kämpfen, die von dem gegenwärtigen Bewusstsein breiter Schichten der Arbeiterklasse ausgehen, indem sie ihre tagtäglichen Kämpfe gegen die Kapitalisten thematisieren, und die in die Notwendigkeit einer proletarischen Revolution münden. Es ist unbedingt not-

wendig, für die Beseitigung der unzähligen arbeitsvertraglichen Statusunterschiede zwischen den Arbeitern – Zeitangestellte, Auszubildende, Arbeiter mit befristeten Verträgen – zu kämpfen, wie auch für den Zugang zu Vollzeitjobs für all jene, vor allem Frauen, die jetzt nur Teilzeitarbeit finden können. Das bedeutet einen Kampf für kostenlose, hochwertige Kinderbetreuung rund um die Uhr. Angesichts von Massenarbeitslosigkeit, von der unverhältnismäßig viele ältere Arbeiter und Jugendliche betroffen sind, ist es unabdingbar, die Arbeit ohne Lohnverlust auf alle vorhandenen Arbeiter zu verteilen.

Es muss einen Kampf geben gegen rassistische Diskriminierung bei der Jobvergabe und für die Beseitigung aller Arbeitsbeschränkungen gegen Arbeiter aus Osteuropa (die besonders Roma aus Rumänien treffen). Darüber hinaus bedeutet das einen Kampf für *volle Staatsbürgerrechte für alle, die in diesem Land sind*, mit oder ohne Papiere, mit oder ohne Anstel-

lung, Schleier tragend oder nicht. Der von der Regierung geführte rassistische „Krieg gegen den Terror“ trifft in erster Linie Menschen muslimischer Herkunft und letztendlich die gesamte Arbeiterklasse. Am 14. September 2010 verabschiedete das französische Parlament ein Gesetz, das Frauen, auch französischen Staatsbürgerinnen, verbietet, die muslimischen Kleidungsstücke Niqab und Burka, die das Gesicht verschleiern, in der Öffentlichkeit zu tragen. Im Namen der Verteidigung von „Gleichheit“ der Frauen stigmatisiert die Regierung muslimische Minderheiten als den „inneren Feind“. *Nieder mit dem rassistischen Anti-Burka-Gesetz!*

Schluss muss auch sein mit den Angriffen auf das Bildungs- und Gesundheitssystem und andere Sozialleistungen, von denen die Wohnviertel der Arbeiterklasse und Minderheiten am schwersten betroffen sind. Dies erfordert ein Programm umfangreicher öffentlicher Arbeiten zum Aufbau und Wiederaufbau des Wohnungswesens, der Verkehrswege, von Schulen aller Art, von Krankenhäusern und Polikliniken, die die Kapitalisten im Begriff sind zu schließen. Das Ziel des kapitalistischen Produktionssystems ist es, Profite einzusacken, nicht sich mit den Bedürfnissen der Bevölkerung zu befassen. Das bedeutet, dass die Kapitalisten nicht dazu in der Lage sind, auf einen solchen Forderungskatalog einzugehen. Doch für die Arbeiterklasse stellt sich letztendlich die Überlebensfrage, und deshalb müssen die Arbeiter begreifen, dass das kapitalistische System durch Arbeiterrevolution gestürzt werden muss.

Für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den Bossen und ihrem Staat!

In einer seiner letzten Schriften bemerkte Leo Trotzki, dass eine Gemeinsamkeit moderner Gewerkschaften in ihrer „Annäherung an die Staatsgewalt“ und dem „Verschmelzen mit ihr“ besteht („Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs“, 1940). Trotzki betonte, dass „die Umwandlung der Gewerkschaften von einem Organ der Arbeiteraristokratie in ein Organ der breiten, ausgebeuteten Massen“ die „vollständige und bedingungslose Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom kapitalistischen Staat“ erfordert.

Frankreich hat mit nur etwa fünf Prozent organisierter Arbeiter im privaten Sektor einen der niedrigsten gewerk-

schaftlichen Organisationsgrade aller Industrieländer. Außerdem ist diese kleine Minderheit von organisierten Arbeitern in der Regel auf verschiedene, miteinander am selben Arbeitsplatz konkurrierende Gewerkschaften aufgespalten, die bei Streiks oft gegeneinander als Streikbrecher auftreten. Die Gewerkschaften hängen mehr von Zuschüssen des bürgerlichen Staates und der Bosse ab als von den Beiträgen ihrer eigenen Mitglieder. Wie diese Zuschüsse verteilt werden, hängt hauptsächlich von dem bei innerbetrieblichen Wahlen von den verschiedenen Gewerkschaften erreichten Stimmenanteil ab, wobei hier alle Arbeiter wählen dürfen, nicht nur die kleine gewerkschaftlich organisierte Minderheit. Das bedeutet, dass die Bürokraten nicht darauf aus sind, die Unorganisierten zu organisieren, sondern stattdessen ihren Stimmenanteil bei innerbetrieblichen Wahlen – die von den Bossen und vom Staat durchgeführt werden – zu maximieren, um ein größeres Stück vom Kuchen zu erhalten als ihre gewerkschaftlichen Konkurrenten.

Ein entscheidender Bestandteil des Kampfes zur Überwindung der Spaltung in konkurrierende Gewerkschaftsverbände ist der Kampf zur Schmiedung von Industriegewerkschaften, die alle Arbeiter der gleichen Branche in einer einzigen Gewerkschaft vereinigen, unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit und ihrem arbeitsvertraglichen Status. Dies ist untrennbar verbunden mit dem Kampf für den Aufbau einer revolutionären Führung der Arbeiterklasse.

Alle Gewerkschaftsverbände – vor allem CGT, FO und UNSA (aber auch SUD und CFTD) – haben Bullen, Zollbeamte und/oder Gefängniswärter als Mitglieder. Diese Formationen bewaffneter Menschen, die ein Gewaltmonopol zur Durchsetzung der Diktatur der Bourgeoisie ausüben, bilden den Kern des bürgerlichen Staates, eines Instruments der Klassenunterdrückung gegenüber den Arbeitern und Unterdrückten. Der Bullenterror gegen Streikpostenkettens und Jugendliche in den Banlieues (Vorstadtghettos) beweist auf sehr handfeste Art, dass die Polizei auf der anderen Seite der Klassenlinie steht. Der bürgerliche Staat und seine bewaffneten Banden müssen durch eine Arbeiterrevolution zerschlagen werden, die die Herrschaft des Kapitals durch die Diktatur des Proletariats ersetzt, welche ihre eigenen bewaffneten Formationen haben wird. Diese werden sich aus den Arbeitermilizen und anderen roten Garden ergeben, die im Kampf zur Verteidigung der Arbeiterklasse gegen Streikbruch der Polizei und faschistischen Terror geschaffen werden. *Meister, Bullen, Gefängniswärter und Sicherheitsleute raus aus den Gewerkschaften!*

Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale! Für neue Oktoberrevolutionen!

Das Intersyndicale-Bündnis von Gewerkschaftsbürokraten wurde von vielen Arbeitern als Garantie für die Einheit der Arbeiterklasse angesehen. In Wirklichkeit diente sie den Bürokraten dazu, ihre Aktionen auf der Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners zu koordinieren und ihren Verrat hinter der Maske der „Einheit“ zu verstecken. Die Rolle der „extremen Linken“ bei den jüngsten Streiks



Herford, Februar 2010: Hunderte Roma und Unterstützer protestieren gegen drohende Abschiebungen aus Deutschland

bestand darin, den aufmüpfigen Arbeitern die politische Linie der Intersyndicale-Bürokraten anzudrehen. So erklärte Lutte ouvrière (22. Oktober 2010) in einem Artikel über die Gewerkschaftsbürokratie bei der SNCF (der staatlichen Eisenbahn):

„Auch die Haltung der Gewerkschaftsführer hat den Streikenden Mut gemacht. Bisher haben sie sich alle für eine Stärkung, wenn nicht sogar eine Verbreiterung der Bewegung eingesetzt. Dies steht im Gegensatz zu der von ihnen 2003 und 2007 vertretenen Strategie, als sie sich gemeinsamen dienststellenübergreifenden Versammlungen, Besuchen streikender Arbeiter in anderen Bereichen und sogar gemeinsam abgehaltenen Demonstrationen widersetzen. Die Bewegung hat damit die Tonlage von 1995 mit dem berühmten ‚Alle zusammen, alle zusammen‘ wiedergefunden.“

Dabei verschweigt LO, dass die Einheit des „Alle zusammen“ von 1995 in eine Stimmabgabe für das Volksfrontregime von Lionel Jospin kanalisiert wurde – tatsächlich ist das, worauf die Reformisten heute aus sind, eine neue Volksfront.

Neulich konnte man von LO den Refrain hören, dass die Wahlen überhaupt nichts änderten und dass es auf Kampf ankomme. Doch dies wird durch ihre praktische Politik Lügen gestraft, die dazu beiträgt, die Arbeiter an die Volksfront zu ketten. Seit zwei Jahren hilft LO mit, den Kapitalismus in Kommunalregierungen zu verwalten, auch durch ihre Stimmabgabe für kommunale Haushalte. Als der KPF-Bürgermeister von Bagnolet – einer Pariser Vorortgemeinde,

**Besucht die Website der
Internationalen
Kommunistischen Liga!**

www.spartacist.org



AP

Kohlebergleute demonstrieren in Nordspanien gegen Arbeitsbedingungen und für ausstehenden Lohn, 28. September

wo LO eine Regierungskoalition mit ihren Seniorpartnern von der KPF eingegangen ist – im vergangenen Winter einen Wohnblock räumen ließ, der teilweise mit afrikanischen Arbeitern belegt war, verurteilte LO diese rassistische Maßnahme. Doch sie blieb verräterischerweise in der Koalition und verschaffte so ihren Partnern in der Gemeindeverwaltung ein linkes Deckmäntelchen (siehe „Lutte Ouvrière’s Municipal Antics“ [Lutte ouvrières communale Eskapaden], *Workers Vanguard* Nr. 960, 4. Juni 2010).

Erst kürzlich schrieb sich LO im Namen des „Kampfs gegen Rechts“ bei der Volksfrontliste für die Gemeinderatswahlen im Dezember in Corbeil-Essonnes südlich von Paris ein. Zusammen mit KPF, SP und den Grünen hat sich LO vorgenommen, den Kapitalismus auf örtlicher Ebene mit einem Programm zu verwalten, das die rechtsgerichtete Stadtverwaltung wegen ihres „Versagens bezüglich der Sicherheit“ anklagt und verspricht, „die Mittel bereit zu stellen“, diese Lage zu ändern, mit anderen Worten mehr rassistische Bullen, um das Ghetto zu terrorisieren. Auf nationaler Ebene wird das nächste Bündnis der Klassen-

zusammenarbeit zwischen bürgerlichen Parteien und Arbeiterparteien, das für die Wahlen von 2012 geplant ist, aller Voraussicht nach eine rosa-grüne Färbung annehmen, bei dem sich zu reformistischen Arbeiterparteien wie SP, KPF und Jean-Luc Mélenchons Linkspartei die Grünen und einige andere bürgerliche Kräfte zugesellen (wie die Radikalen Linken und die Unterstützer des kapitalistischen Politikers Jean-Pierre Chevènement).

Dieser zusammengewürfelte Haufen der Klassenzusammenarbeit kann sich sicher sein, die Wahlunterstützung von Besancenots NPA zu erhalten. Die NPA wurde 2009 aus der durch und durch sozialdemokratischen Ligue communiste révolutionnaire (LCR) heraus gegründet. Bei der Gründung der NPA schwor die LCR in einem seltenen Anflug von Ehrlichkeit offiziell Trozkiismus, Revolution und Kommunismus ab – nachdem sie dies schon seit Jahrzehnten in ihrer praktischen Arbeit getan hatte – und zeigte so, in welchem Maße sie den Mythos der Bourgeoisie

vom „Tod des Kommunismus“ in sich aufgesogen hat. Sie verankerte in den „Grundsätzen“ der NPA auch ihre Aufgeschlossenheit für die Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung, indem sie erklärte: „Wir werden zu ihrer Umsetzung [von fortschrittlichen Maßnahmen] beitragen, wenn uns die Wähler die Verantwortung dafür übertragen.“ Während der Wahlen von 2007 bekundete Besancenot seine Bereitschaft, einer bürgerlichen Regierungskoalition beizutreten, vorausgesetzt sie nennt sich „antikapitalistisch“, und erklärte: „Die LCR wird ihrer Verantwortung in einer solchen Regierung nachkommen.“

Seit Jahrzehnten stimmte die LCR für Kandidaten von aufeinanderfolgenden Volksfrontkoalitionen, von Mitterrand über Jospin bis zu Ségolène Royal 2007. Auch bei den Stadtratswahlen von Marseille 2008 stimmte sie für die von den Sozialisten angeführte Liste unter Beteiligung rechtsgerichteter bürgerlicher Politiker – die gleichen Sozialisten riefen erst kürzlich den Staat dazu auf, den Hafnarbeiterstreik von Marseille zu zerschlagen. Die NPA, deren Vorgänger in der LCR 2002 für den rechtsgerichteten Jacques Chirac stimmten, als ihm der Faschist Le Pen entgegengrat, sollte mit einer Stimmabgabe für einen Kandidaten der Sozialisten kein Problem haben – einschließlich des gegenwärtigen IWF-Direktors Dominique Strauss-Kahn, der Sarkozys Angriffe auf die Renten offen unterstützte.

LO, NPA und Konsorten haben etwas Grundsätzliches gemeinsam: Sie weisen die Oktoberrevolution von 1917 und die Diktatur des Proletariats zurück. Sie alle unterstützten die verschiedenen konterrevolutionären Kräfte, die die Sowjetunion und die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas Ende der 1980er-/Anfang der 1990er-Jahre zerstörten. Soweit es ihre begrenzten Kräfte zuließen, haben sie so zum Sieg der kapitalistischen Konterrevolution beigetragen. Die Arbeiterklasse muss sich den Marxismus und die Lehren der bolschewistischen Revolution wieder aneignen. Die Internationale Kommunistische Liga, zu deren Sektionen die LTF gehört, verkörpert die programmatische Kontinuität der bolschewistischen Partei Lenins und Trotzkijs. Wir kämpfen für den Aufbau der internationalistischen revolutionären Arbeiterpartei, die unerlässlich ist, um die nächsten revolutionären Erhebungen des Proletariats zum Sieg zu führen.■

LE BOLCHEVIK

N° 193 - Septembre 2010 0,90 €

Le prolétariat doit défendre les retraités, les Roms, les jeunes de banlieue !

Comment PS et PC, NPA et LO capitalisent sur les campagnes électorales pour diviser la classe ouvrière

4 Ausgaben € 5,-

inkl. *Spartacist* (französische Ausgabe)

Zu beziehen über die Verlagsanschrift

Abonniere jetzt!

Le Bolchévik

Zeitung der Ligue trotskyste de France

4 Ausgaben € 5,-

inkl. *Spartacist* (französische Ausgabe)

Zu beziehen über die Verlagsanschrift

A bas les expulsions ! Pleins droits de citoyenneté ! Le gouvernement se déchaine contre les gens du voyage

Abonniere jetzt!

Le Bolchévik

Zeitung der Ligue trotskyste de France

4 Ausgaben € 5,-

inkl. *Spartacist* (französische Ausgabe)

Zu beziehen über die Verlagsanschrift

Irland...

Fortsetzung von Seite 1

Gläubiger, hauptsächlich britische Banken, dienen. Darunter sind die Royal Bank of Scotland und Lloyds, die beide bereits durch den britischen Steuerzahler mit Unsummen gerettet wurden und nun zusammengenommen durch etwa 80 Milliarden Pfund (ca. 94 Milliarden Euro) an irischen Schuldverschreibungen gefährdet sind.

Auch deutsche und französische Banken sind in Irland gefährdet. Doch die wirkliche Sorge ist Spanien, dessen Wirtschaft (und erst recht Defizit) beträchtlich größer ist als Griechenlands, Irlands und Portugals zusammengenommen und möglicherweise für eine Rettung seitens der EU einfach zu groß ist. Sollte sich die Krise über Irland hinaus ausweiten, wird dies den Fortbestand einer europäischen Einheitswährung in Frage stellen.

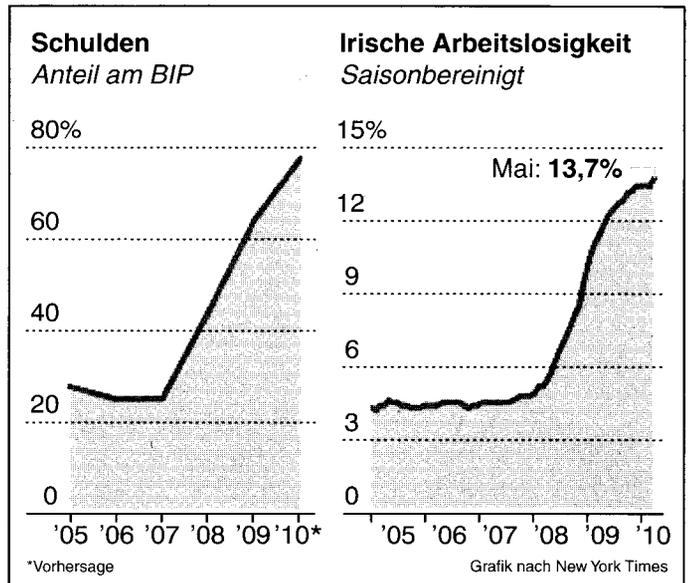
Die Rettung der europäischen **Banken** ist der Hauptzweck der imperialistischen Rettungspakete für Irland, Griechenland und jedes andere in Betracht kommende Land. In Irland, Britannien und Europa insgesamt ist jede Regierung dazu entschlossen, die arbeitenden Massen für eine Krise zahlen zu lassen, die das kapitalistische System selbst verursacht hat. Die Kahlschlagsmaßnahmen, die die Regierungen durchzupeitschen versuchen, darunter Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, Aushöhlung der Renten sowie Steuererhöhungen, treffen die Ärmsten der Gesellschaft am härtesten, darunter die eingewanderten Arbeiter.

Für Klassenkampf gegen kapitalistische Kahlschlagspolitik!

Der einzige Weg, diese Angriffe zurückzuschlagen, ist harter Klassenkampf. Die griechische Arbeiterklasse hat in diesem Jahr bereits mehrere eintägige Streiks gegen die Kürzungsmaßnahmen durchgeführt. Die französischen Gewerkschaften legten im September und Oktober aus Protest gegen die Gesetzgebung zur Erhöhung des Renteneintrittsalters das Land wiederholt lahm – auch durch Blockaden der Ö Raffinerien. Und die spanischen und portugiesischen Gewerkschaften führten eintägige Generalstreiks gegen brutale Sparmaßnahmen durch. Doch die Wirksamkeit der Arbeiterkämpfe wurde durch den politischen Bankrott der reformistischen Führungen der Arbeiter behindert, die die Unvermeidbarkeit kapitalistischer Kahlschlagspolitik akzeptieren und nur die Schläge abzumildern versuchen.

Es ist notwendig, eine revolutionäre Führung der Arbeiterklasse zu schmieden, die von dem Verständnis ausgeht, dass es zwischen dem Proletariat und den kapitalistischen Blutsaugern keine gemeinsamen Interessen gibt: Arbeiter müssen für das kämpfen, was wir brauchen, und nicht für das, was die Bosse für bezahlbar erklären. Den kapitalistischen Herrschern, die Irland an den Rand des Bankrotts gebracht haben, müssen die Arbeiter entgegenen: Zur Hölle mit dem brutalen „Nationalen Rettungsplan“! Aber um die soziale Macht der organisierten Arbeiterklasse zu entfesseln und eine klassenkämpferische Führung in den Gewerkschaften zu schmieden, ist ein politischer Kampf gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie und die Labour-Party-Führer erforderlich, die der Verteidigung der Interessen des irischen Kapitalismus verpflichtet sind.

Die Unterwürfigkeit der Gewerkschaftsbürokraten zeigte sich im Verlauf des Jahres, als die Führer der wichtigsten Gewerkschaften Irlands mit der Regierung einen als Croke-Park-Abkommen bekannten Deal schlossen, der praktisch jeglichen Klassenkampf gegen eine zuvor angekündigte Runde von Kürzungen bis 2014 ausschloss. Einer der Unterzeichner, Jack O'Connor, Führer der Services Industrial Professional Technical Union (SIPTU, größte Einzelgewerkschaft), sagte, es gebe keine Alternative. „Selbst wenn



wir annehmen, wir könnten einen Arbeitskampf für eine bessere Vereinbarung gewinnen – wir müssten dennoch mit dem Defizit zurechtkommen“, sagte er der Londoner *Financial Times* (23. Mai 2010). Das Croke-Park-Abkommen war der Gipfelpunkt jahrelanger verräterischer „Partnerschafts“-Abkommen, die die Arbeitslöhne während der Boom-Jahre niedrig hielten, um die Wirtschaft des „Keltischen Tigers“ zu unterstützen. Es gibt keine Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit, deren Klasseninteressen einander unversöhnlich entgegengesetzt sind!

Bei einem vom Irish Congress of Trade Unions (ICTU, Gewerkschaftsdachverband) veranstalteten Massenprotest am 27. November 2010 in Dublin wurde O'Connor von Demonstranten ausgebuht, die „Verräter!“ skandierten. Die ICTU-Losung für die Demonstration war: „Es gibt einen besseren, faireren Weg“ ... zur Lösung der kapitalistischen Krise. Eine der größten Gewerkschaften des Landes, die Technical Engineering and Electrical Union, ruft zu einer Kampagne des zivilen Ungehorsams auf, „falls die Regierung keine Neuwahlen abhält“. Im Schlepptau der Labour- und Gewerkschaftsführer sind auch reformistische linke Gruppen auf Neuwahlen aus. Der Abgeordnete des Europaparlaments Joe Higgins von der Socialist Party (in Deutschland SAV) gab bekannt, dass seine Partei sich mit den Überresten der Socialist Workers Party (SWP – in Deutschland marx21) zusammenschließen wird, um die United Left Alliance (ULA) zu gründen. Auch Richard Boyd-Barrett, ein Gemeinderat, der über die von der SWP angeführte Liste „People Before Profit Alliance“ gewählt wurde, hat sich Higgins angeschlossen.

Damit auch ja keiner glaubt, die ULA stelle eine Herausforderung für die kapitalistische Ordnung dar, versicherte Boyd-Barrett der *Irish Times* (26. November 2010), diese Allianz gründe sich auf „einfache Prinzipien von Solidarität und Volksmacht“ und spreche nicht „über Extremismus“. Die SWP ist so tief in der Ideologie vom „Tod des Kommunismus“ versunken, dass selbst die feige reformistische Socialist Party klagt, die SWP argumentiere, „sozialistische Politik würde die Leute von der Stimmabgabe für Kandidaten oder vom Mitmachen bei einem linken Bündnis abschrecken“ (socialistparty.net, 11. November 2010).

Der „Sozialismus“ der Socialist Party wiederum läuft auf nichts anderes als auf altbekannten Labour-Reformismus hinaus, heutzutage verkörpert in der Forderung nach Verstaatlichung der Banken (in Verbindung mit „Schluss mit den Rettungspaketen“). Mal abgesehen von der Tatsache, dass die Banken entweder bereits verstaatlicht, teilweise verstaatlicht oder nahe daran sind, verstaatlicht zu werden,

ist dies schwerlich eine „sozialistische“ Maßnahme, sondern ganz einfach ein Versuch, die kapitalistische Krise irgendwie zu erleichtern. Weit davon entfernt, Irlands kapitalistischen Klerikalstaat herauszufordern, wird die ULA sich als eine Hilfstruppe der Labour Party erweisen.

Eine Neuwahl würde fast sicher eine Koalitionsregierung der bürgerlichen Fine Gael mit der Labour Party hervorbringen. Tatsächlich ist die gegenwärtige Annahme, die Labour Party werde die Stimmen von Arbeitern bekommen, die traditionell Fianna Fáil wählten. Umfragen sehen die Partei, die gewöhnlich bei 10–12 Prozent liegt, nun bei 27 Prozent; so wäre also die mögliche Rolle von Labour in der nächsten Regierung für die Kapitalistenklasse besonders nützlich. Labour verspricht, „dem Volk die Führung zu geben, die für eine Wende in diesem Land, für den Wiederaufbau der Wirtschaft und zur Wiederherstellung der nationalen Moral notwendig ist“, und kann von allen Parteien am ehesten die Arbeiterklasse davon überzeugen, sich zu fügen und die Kürzungen zu akzeptieren.

In Irland treten „linke“ Regierungen in Gestalt von „Volksfronten“ auf – d. h. Bündnissen zwischen der reformistischen Labour Party und direkten Vertretern der Bourgeoisie. Revolutionäre sind bedingungslose Gegner dieser Bündnisse, die die Arbeiter an den kapitalistischen Klassenfeinden ketten. Ebenso sind wir gegen eine Stimmabgabe für bürgerliche Parteien, darunter die Nationalisten von Sinn Féin und die Grüne Partei.

Sinn Féin versucht aus dem Niedergang von Fianna Fáil selber Kapital zu schlagen. Der Sinn-Féin-Führer Gerry Adams, ein langjähriger Führer der Partei in [dem protestantisch dominierten] Nordirland, hat vor, für einen Sitz im Dail südlich der Grenze zu kandidieren. Martin McGuinness von Sinn Féin ist stellvertretender Regierungschef im Parlament von Nordirland, wo seine Partei dem protestantisch-sektiererischen Oranier-Staat ihre Loyalität bewiesen hat, einschließlich dessen Polizeitruppe, die berüchtigt ist für brutale Unterjochung der unterdrückten Katholiken. Die britische Armee unterhält weiterhin eine Garnison von mehreren Tausend Soldaten, die auf Abruf bereitsteht, um dem Police Service of Northern Ireland bzw. der Royal Ulster Constabulary „Beistand“ zu leisten. Wir fordern den sofortigen Abzug aller britischen Truppen und Militärbasen aus Nordirland!

Sinn Féins Unterstützung für staatliche Repression gegen IRA-Dissidenten im Norden kommt sicher gut an beim

Parlament in Dublin, das sich seit der Gründung der Irischen Republik 1921/22 der Unterdrückung der Republikaner verschrieben hat. Sinn Féin ist ebenso wie Fianna Fáil katholischem Nationalismus verpflichtet, der sich bösartig gegen Frauen, gegen Travellers und gegen die Arbeiterklasse richtet. Sinn Féin hat seinen eigenen Plan für wirtschaftliche Genesung ausgearbeitet und verspricht Ausgabenkürzungen. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass sich Sinn Féin verpflichtet hat, den Bankiers und den Bossen und ihrem kapitalistischen System zu dienen, das das Leben der Arbeiterklasse zugrunderichtet.

Für proletarischen Internationalismus!

Dem irischen Wirtschaftswissenschaftler Morgan Kelly zufolge werden in der kommenden Periode bis zu 100 000 Hypothekenehmer ihren Zahlungen nicht nachkommen können. „Die Leute tun alles Erdenkliche – andere Rechnungen nicht bezahlen und in großem Umfang Geld von ihren Eltern borgen –, um die Hypothekenzahlungen leisten zu können, sowohl aus Furcht ihr Haus zu verlieren als auch um dem Stigma zu entgehen, pleite zu sein“, sagte Kelly (*Irish Times*, 8. November 2010). Er notierte, die Anwesenheit eines ständigen Teams von „Beobachtern“ der Europäischen Zentralbank (pauschal als „die Deutschen“ bekannt) in Dublins Finanzministerium habe zu einem nationalistischen Aufschrei geführt, die irische „Souveränität“ werde der EU geopfert.

Das irische Rettungspaket löste auch in England einen Ausbruch des Chauvinismus aus, nicht zuletzt von Hinterbänkeln der rechten Tories. Doch die Situation entbehre nicht einer gewissen Ironie. Der Journalist Philip Stephens schrieb in der *Financial Times* (22. November 2010): „Das hochverschuldete Britannien leiht sich rund 7 Milliarden weitere Pfund, um sie dem katastrophal verschuldeten Irland zu borgen“, und die EU-Gegner bei den Tories wüssten nicht, ob sie nun „die Krise der Eurozone auskosten oder David Cameron wegen seines Beitrags zum irischen Rettungspaket beschimpfen sollten“.

Der britische Premierminister Cameron versuchte die Hinterbänkler unter seinen Parteifreunden dadurch zu beschwichtigen, dass er die 7 Milliarden Pfund, die seine Regierung Irland zur Verfügung stellte, als reine Hilfe für „einen Freund in Not“ ausgab. Das stimmt so nicht: Britanniens kapitalistische Herrscher bieten Irland einen Kredit an, der, sollte er angenommen werden, zurückgezahlt werden muss. Genau das fordert die britische Regierung derzeit von Island, das einen solchen Kredit erhalten hatte, als 2008 sein Bankensystem baden ging und die Wirtschaft in eine Rezession stürzte. Damals bot Britanniens Labour-Regierung einen Kredit an, nicht aus Edelmut, sondern weil isländische Banken umfangreiche Einlagen britischer Investoren hielten, darunter auch von Gemeinderäten. Camerons Interessenlage bezüglich Irlands ist nicht losgelöst zu sehen von der Tatsache, dass die britische Wirtschaft in einer Flaute steckt und Britanniens Handel mit Irland den mit China, Indien, Brasilien und Russland zusammen genommen übertrifft.

Die Arbeiterklasse muss verstehen, dass das kapitalistische System als solches durch Arbeiterrevolution gestürzt werden muss und kann. Eine revolutionäre Führung würde für eine Reihe von Übergangsforderungen kämpfen, die den Kampf gegen die gegenwärtigen Angriffe auf die Arbeiterklasse und die Armen mit dem Verständnis verbindet, dass eine proletarische sozialistische Revolution notwendig ist. Angesichts von Massenarbeitslosigkeit würde eine klassenkämpferische Führung in den Gewerkschaften eine Aufteilung der Arbeit auf alle Arbeiter ohne Lohnverlust fordern. Um gegen Arbeitsplatzunsicherheit anzugehen, ist es notwendig, die Unterschiede zwischen Arbeitern mit befristeter

WORKERS HAMMER
No. 312 OCTUBER 2010

Stop persecution of Tamils!

... in the Tamil Nadu state...
... the Tamil Nadu state...
... the Tamil Nadu state...

AN Indian and Pakistani troops out now!

Down with India's bloody repression in Kashmir!



... the Indian and Pakistani troops...
... the Indian and Pakistani troops...
... the Indian and Pakistani troops...

Abonniere jetzt!

Workers Hammer

Zeitung der Spartacist League/Britain

Jahresabo:

€ 7,-

(Europa)

€ 10,-

(Übersee Luftpost)

inkl. Spartacist (englische Ausgabe)

Zu beziehen über die Verlagsanschrift

ten und unbefristeten Verträgen zu beseitigen, was einen Kampf zur Organisierung der Unorganisierten erfordert. Im Interesse der Frauen, die im irischen kapitalistischen Klerikalstaat besonders unterdrückt sind, fordern wir kostenlose Abtreibung auf Wunsch und kostenlose hochwertige Kinderbetreuung rund um die Uhr. Gegen den Teile-und-herrsche-Rassismus des bürgerlichen Staates fordern wir *volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!*

Wir sind unversöhnliche Gegner der EU – ein imperialistischer Handelsblock, in dem die größten europäischen Imperialisten sowohl gegen die Arbeiterklasse und die Immigranten als auch gegen ihre imperialistischen Rivalen in den USA und Japan zusammenarbeiten. Innerhalb der EU dominieren Deutschland, Frankreich und Britannien die ärmeren Mitgliedsstaaten. In der „zweiten Reihe“ stehen auch osteuropäische Länder, die von der kapitalistischen Konterrevolution verwüstet wurden, die 1991/92 auch die Sowjetunion zerstörte. Heute dient Osteuropa den Großmächten innerhalb der EU als Quelle billiger Arbeitskraft, als Rohstoffquelle und Absatzmarkt.

Die europäische Einheitswährung hat es dem deutschen Imperialismus ermöglicht, seinen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Ländern in der Eurozone auszubauen. Doch die Einheitswährung und die EU selbst sind ihrer Natur nach instabile Gebilde und den widerstreitenden nationalen Interessen der kapitalistischen Regierungen Europas unterworfen. Unsere proletarisch-internationalistische Ablehnung der EU steht im Gegensatz zu reaktionärem „Euroskeptizismus“ und nationalem Chauvinismus, der Gift für Klassenkämpfe ist und nur dazu dient, Arbeiter entlang nationaler Linien gegeneinander auszuspielen und Rassismus zu intensivieren.

Irlands außergewöhnliche Wachstumsraten während der Boomzeit des „Keltischen Tigers“ basierten auf extrem niedrigen Körperschaftssteuern, einem Bauboom und einer Immobilienmarktblase. US-Unternehmen haben nicht nur Irlands 12,5 Prozent Körperschaftsteuer ausgenutzt, sondern auch einen als „Double Irish“ bekannt gewordenen Schwindel. Dies ist kein doppelter Whiskey, sondern eine Methode, selbst diesem niedrigen Steuersatz zu entkommen, indem man Profite in irische Tochterfirmen hinein und wieder heraus verschiebt, was nach irischem Gesetz ganz legal ist. Diese spezielle Art der Steuerhinterziehung wird von Facebook und Google bevorzugt.

Irlands arbeitende Menschen sind jetzt dem Zyklus von Aufschwüngen und Krisen zum Opfer gefallen, der unter dem Kapitalismus unausweichlich ist. Man muss verstehen, dass der einzige Ausweg aus diesem Zyklus darin besteht,



Auf dem Weg zu Verhandlungen in der irischen Zentralbank marschieren IWF-Vertreter an Bettler vorbei, 18. November 2010

dass die Arbeiter in Irland – im Norden wie im Süden – zusammen mit dem multiethnischen Proletariat in Britannien, das eine starke irische Komponente hat, die kapitalistische Ordnung überall auf diesen Inseln stürzen. Die Arbeiterklasse in Britannien, die gegenwärtig durch die Haushaltskürzungen mit einem massiven Angriff der Regierung aus Tories und Liberaldemokraten konfrontiert ist, muss einen Klassenkampf zur Verteidigung ihrer eigenen Interessen führen und eine neue revolutionäre, gegen den Labour-Reformismus gerichtete Führung schmieden.

Als proletarische Internationalisten lehnen wir nationalistischen Protektionismus und anti-irischen Chauvinismus, wie er auf böse Weise in der Forderung „Britische Arbeitsplätze für britische Arbeiter“ zum Ausdruck kommt, aufs Schärfste ab. Unser Programm für eine Arbeiterrepublik in Irland als Teil einer freiwilligen Föderation von Arbeiterrepubliken der Britischen Inseln basiert auf dem Verständnis, dass die Geschicke der Arbeiterklassen auf diesen Inseln unauflösbar miteinander verbunden sind. Die sozialistische Revolution wird das reaktionäre „Vereinigte Königreich“, den Oranier-Kleinstaat in Nordirland, der seiner Natur nach die Katholiken unterdrückt, und den katholischen Klerikalstaat im Süden hinwegfegen. Unsere Aufgabe ist es, leninistisch-trozkistische Parteien aufzubauen, die dem Kampf für sozialistische Revolution auf beiden Seiten der irischen Grenze und auf beiden Seiten der Irischen See verpflichtet sind – ein grundlegender Bestandteil des Kampfes für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. ■

Stuttgart 21...

Fortsetzung von Seite 28

Reallöhne seit zehn Jahren fallen, Millionen nicht mehr von ihren Löhnen leben können, Hartz IV Millionen Menschen in Armut und Verzweiflung treibt, eine ungeheure staatliche Hetze gegen die ethnischen Minderheiten mit muslimischem Hintergrund geführt wird und die staatliche Repression gegen sie immer mehr zunimmt.

Als Marxisten geben wir den Kapitalisten oder ihrer Regierung keine Ratschläge zu Investitionsentscheidungen, wobei wir aber alle Mittel für den Unterdrückungsapparat

des Staates grundsätzlich ablehnen. So geben wir auch keine Ratschläge zum Projekt Stuttgart 21. Generell sind wir für technischen Fortschritt, großzügige Wohnungen, gut ausgebaute Verkehrswege, wozu auch schnelle Bahnverbindungen und öffentlicher Nahverkehr gehören – kostenlos und rund um die Uhr. Die Arbeiterklasse ist die einzige Kraft in der Gesellschaft, die sowohl das historische Interesse als auch die soziale Macht hat, den bürgerlichen Staat zu stürzen, die Kapitalisten zu enteignen und einen proletarischen Staat, basierend auf Arbeiterräten, zu errichten. Ein solcher Arbeiterstaat würde die Ressourcen der Gesellschaft für die Bedürfnisse der gesamten arbeitenden Bevölkerung

einsetzen, auf der Basis einer rational geplanten Wirtschaft auf internationaler Ebene. Unser Programm ist es, die multi-ethnische revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die die Arbeiterklasse an die Macht führen kann. In einem Arbeiterstaat würde es für Bauprojekte à la S21 Diskussionen in den Arbeiterräten geben, auf nationaler Ebene ebenso wie lokal, und die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung vor Ort würden natürlich eine große Rolle spielen. Generell können wir uns vorstellen, dass Arbeiterräte sich für unterir-



Berlin, 2002: Flüchtlingsdemo gegen rassistischen Terror der SPD/Grünen-Regierung. Von 1998 bis 2005 regierten SPD/Grüne deutschen Imperialismus, führten 1999 gegen Serbien ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr seit 1945

dische Gleisanlagen entscheiden, die in einem Talkessel wie in Stuttgart Platz schaffen würden, um dort Wohnungen oder Parks oder beides bauen zu können.

Polizeiterror gegen „Stuttgart-21“-Gegner

Bei S21 handelt es sich um ein Projekt der Deutschen Bahn, um aus einem Kopfbahnhof einen unterirdischen Durchgangsbahnhof zu machen und um damit auch das Schnellbahnnetz auszubauen. Der Widerstand dagegen erwächst aus den immens aussehenden Kosten von einigen Milliarden Euro, die vielen als zu hoch erscheinenden angesichts ständigen Lamentierens der Regierung, es sei kein Geld da und die Sozialausgaben müssten gekürzt werden. Und es gibt viel Wut über das Ausbluten der Deutschen Bahn im Rahmen der geplanten Privatisierung, die noch schlechteren Service, Teuerungen und weitere Entlassungen bedeuten wird. Vergleicht man aber die Kosten von S21 mit den hunderten Milliarden, die den Banken in den Rachen geworfen werden, sind selbst die höchsten Schätzungen der Baukosten von S21 eher kleine Beträge. Den ganzen Sommer lang stieg die Anzahl der Demonstrationen und die Zahl der Teilnehmer der Demonstrationen stetig an, die von einem „Bündnis“ geführt werden, dem linke Gruppen wie die Sozialistische Alternative (SAV), die bürgerlichen Grünen und diverse Öko-Freaks angehören. So illustre Organisationen wie die „Unternehmer gegen Stuttgart 21“ bewegen sich im Umfeld.

Am 30. September 2010 sollte mit dem Baumfällen im Schlosspark begonnen werden, was verschiedene Gruppen zu verhindern suchten. Eine Schüler-Demo nahm an einer Sitzblockade teil. Hatte die Polizei bisher, da es um nichts ging, eher milde reagiert, prügeln sie am 30. September die Demo zusammen, um den Fortgang der Bauarbeiten zu sichern. Mit massivem Wasserwerfer- und Pfefferspray-Ein-

satz räumten die Bullen den Schlosspark und attackierten gezielt insbesondere auch 14–15-jährige Schüler und ältere Menschen, was in den *Tagesthemen* am 30. September 2010 vom Stuttgarter Polizeisprecher offensiv gerechtfertigt wurde. Über 300 Demonstranten trugen Augenverletzungen davon, einige besonders schwer: durch den Strahl von Wasserwerfern direkt ins Gesicht zerstörte Augenhöhlen, gebrochene Gesichtsknochen, mindestens ein Demonstrant wird wahrscheinlich auf einem Auge blind bleiben. Wir protestieren aufs Schärfste gegen diesen brutalen Polizeiterror! Schluss mit der weiteren polizeilichen Einschüchterung der Opfer der Polizeigewalt, von der die *taz* am 28. Oktober 2010 berichtete.

Polizei raus aus dem DGB!

Dieser Terror war kein „Ausrutscher“, sondern eine bewusste Aktion der bewaffneten Kräfte des bürgerlichen Staates, der Polizei. Schon zwei Tage vor dem „schwarzen Donnerstag“, dem brutalen Überfall, „warnte“ die „GdP“ (die sogenannte „Gewerkschaft“ der Polizei) zynisch: „Wer der Aufforderung der Polizei nicht Folge leistet, muss mit der Anwendung von Zwangsmitteln rechnen“ (Pressemeldung der GdP, 28. September 2010). Diese Polizeibrutalität ist linken Demonstranten, Arbeitern und vor allem Immigranten und ethnischen Minderheiten nur allzu bekannt. Ende November und Anfang Dezember wurden unter Polizeigewalt – dies-

mal angeordnet vom Berliner SPD/Linke-Senat ca. 90 Vietnamesen abgeschoben. Seit Monaten finden nicht etwa nur in Frankreich, sondern auch hierzulande Abschiebungen von Roma in schreckliche Lebensbedingungen des Kosovo statt. Unzählige Demos ethnischer Minderheiten, Kurden, Roma und anderer wurden schon von der Polizei auseinandergeknüppelt. Die baden-württembergische GdP präsentiert in *GdP-digit@l* vom 18. Oktober 2010, worum es diesen „Gewerkschaftern“ geht: Während sie die Polizei als „Spielball der Politik“ präsentiert, heißt es dann glasklar „GdP verteidigt Einsatzkräfte“. Auf der Rückseite des Blättchens wird es dann völlig klar, worum es geht. Dort feiert die GdP die Neuanschaffung von „78 neuen Wasserwerfern und 52 Spähfahrzeugen“ und betont unten auf der Seite besonders: „Wir sind auf dem richtigen Weg!“ Das illustriert den bonapartistischen Charakter von Formationen der Polizei und ist gegen Unterdrückte gerichtet, die sich zur Wehr setzen, und nicht zuletzt eine unverhohlene Drohung gegen die gesamte Arbeiterbewegung, denn gegen wen sonst brauchen diese professionellen Schläger diese Bürgerkriegsausrüstung? Die bewaffneten Schläger der Kapitalisten haben nichts in den Gewerkschaften zu suchen! **Polizei raus aus dem DGB!**

Die sich fälschlicherweise als „Trotzkisten“ ausgebenden Sozialdemokraten der SAV hingegen glauben, dass Polizisten „Arbeiter in Uniform“ seien. Pikanterweise führten sie direkt nach dem Polizeiüberfall auf die Demo in Stuttgart in der Oktoberausgabe ihrer Zeitung *Solidarität* eine „Debatte“ mit der SPD über die Rolle der Polizei und wie mit ihr umzugehen sei. Statt die Polizei als das zu bezeichnen, was sie ist, nämlich eines der Unterdrückungsorgane des bürgerlichen Staates gegen die Arbeiterklasse (neben Armee, Gefängnissen usw.), spült Ursel Beck dieses Verständnis schön weich: „Der Polizeiapparat ist ein Instrument zur Verteidi-

„Die bisher relativ gemäßigte Haltung der Polizei im Widerstand gegen Stuttgart 21 liegt vor allem daran, dass die Politiker wissen, dass sie es hier mit der Normalbevölkerung zu tun haben. Das den Polizisten in der Ausbildung eingetrichterte Feindbild von ‚den Chaoten‘ funktioniert nicht. Die Herrschenden versuchen dennoch, die Bewegung zu spalten und den entschlosseneren Teil zu kriminalisieren. Spätestens wenn im Park die Bäume gerodet werden sollen und der zivile Ungehorsam weitergeht, wird es härtere Polizeieinsätze geben. Darauf muss sich die Bewegung einstellen.“

Die SAV weiß also, dass die Polizei prügeln wird und bereitet ihre Leser wie folgt darauf vor:

„Wir sollten die Sympathie vieler Polizisten für den Widerstand gegen S21 nutzen, um einen Keil in die Polizei zu treiben. SAV-Mitglieder haben mehrmals bei Blockadeaktionen den anwesenden Polizisten erklärt, dass ihr oberster Dienstherr – die Landesregierung – die Steuergelder, die für S21 sinnlos vergraben werden, gerade auch bei den Beamten holt. Wir haben sie aufgefordert, unter sich zu diskutieren, solche Einsätze abzulehnen, und wir haben ihnen am Ende ‚Streik-Urkunden‘ überreicht.“

Vielleicht haben ja einige der Polizisten die „Streik-Urkunden“, die sie von der SAV bekommen haben, um ihre Schlagstöcke gewickelt, damit die Schläge nicht ganz so wehtun? Polizisten werden darauf trainiert, „ihren Job“ zu machen: Streiks brechen, ethnische Minderheiten jagen, die „Festung Europa“ gegen Immigranten zu „schützen“ und jeden sozialen Widerstand zu brechen, wenn ihre Bosse das verlangen. Trotzki schrieb 1932 in *Was Nun?*: „Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter.“

Dieses grundlegende marxistische Verständnis leugnet die SAV aktiv und damit die Existenz der Klassenlinie. Sie tut dies, um Jugendliche, die ihre ersten Erfahrungen mit der Staatsgewalt gemacht haben, wieder an das kapitalistische System zu binden in der Hoffnung auf eine friedliche, demokratische Entwicklung zum Sozialismus, was in der Realität auf einen sozialdemokratisch regierten Sozialstaat hinausläuft, einen sozialeren Kapitalismus.

Die Gruppe RIO setzt sich auch mit dieser SAV-Position auseinander und bemerkt richtig: „Diese Institution muss – wenn wir andere Macht- und Produktionsverhältnisse haben wollen – zerschlagen werden.“ RIO ist jedoch auch „solidarisch“ mit der SAV und lobt, dass die SAV sich „richtig und unterstützenswert ... für Streiks gegen das Bauprojekt“ einsetzt. Das heißt, dass RIO den Rahmen der Proteste gegen

S21 vollständig teilt, die Politik von Klassenzusammenarbeit der Linken mit dem Bündnis wird von ihnen nicht kritisiert. Sie wollen einfach die „Arbeiter“-Komponente in dem Bündnis stärken. Da sind sie sich dann wieder mit der SAV durchaus einig.

Es wäre eine wichtige und sehr machtvolle Demonstration der Macht der Arbeiterklasse gewesen, wenn die Arbeiter, sowohl immigrierte und ihre Kinder als auch deutsche, von Daimler, Porsche, Bosch, der Bahn, dem öffentlichen



Aris Messinis/AFP

Griechische Arbeiter verteidigen sich gegen Polizeiangriffe bei Demonstration gegen Sparmaßnahmen der PASOK-Regierung Ende Herbst 2010

Nahverkehr, und andere nach der Nachricht vom Polizeiterrortereinsatz den Hammer hätten fallen lassen, die Bahnen im Depot gelassen und sich mit den verprügelten und verletzten Demonstranten solidarisiert hätten. Sie hätten aus den bestreikten Fabriken die Werksfeuerwehren mitbringen können, um die Demonstration gegen weitere Polizeiangriffe zu schützen. Für diese Art von Mobilisierung der Arbeiterklasse sind wir Spartakisten. Ein solcher Streik hätte die Frage der Macht ganz anders gestellt und hätte der herrschenden Klasse und ihrer Regierung deutlich gemacht, wer den Reichtum produziert und wer die soziale Macht hat, die Gesellschaft zum Stillstand zu bringen und eine neue aufzubauen. S21 wäre wohl kaum noch das Thema gewesen, sondern eher die Angriffe auf die Arbeiterklasse hier und in ganz Europa und wie man zusammen mit den Arbeitern Europas diese zurückschlagen kann. Es ist unsere Perspektive, die Arbeiter über die Grenzen hinweg zu vereinen und für einen gemeinsamen Kampf gegen die herrschenden Klassen für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa zu gewinnen!

Grüne Rattenfänger und ihre linken Wasserträger

Die Perspektive der Linken, die sich am „Bündnis“ in Stuttgart beteiligen, ist ganz anders. Für Marxisten ist dieses „Bündnis“ reine Klassenkollaboration, bei dem die bürgerlichen Kräfte immer das Sagen haben und die Interessen der Arbeiterklasse, der einzigen fortschrittlichen Klasse im Kapitalismus, den Interessen der kapitalistischen Kräfte immer untergeordnet werden. Wir sind prinzipielle Gegner solcher „Bündnisse“. Bei S21 sind die bürgerlichen Kräfte hauptsächlich die Grünen, die versuchen, sich aus der Opposition



Berliner S-Bahn-Chaos, Sommer 2009: Kürzungen und Entlassungen in den Werkstätten führten zum Zusammenbruch des S-Bahn-Verkehrs

heraus wieder einmal der Gefolgschaft einer neuen Generation zu versichern durch ein bisschen, jedenfalls für die herrschende Gesellschaftsordnung, harmlosen Protest. Und dies, nachdem sie zusammen mit der SPD die Bundeswehr 1999 in den ersten Krieg seit dem Zweiten Weltkrieg schickten und in den Folgejahren den „Sozialstaat“ abbauten mit der Einführung von Hartz IV und so weiter, was zum desolaten Zustand von heute geführt hat. All dieses wollen sie vergessen machen, um demnächst wieder an der Regierung und den Futterträgern der Macht die nächste Runde von Angriffen zu führen.

Linke Gruppen wie die SAV und die GAM spielen eine zentrale Rolle als Wasserträger für die Grünen in diesem Bündnis. Zusammen mit der Gruppierung Gewerkschaftslinker ist es ihre Rolle, die Unterstützung der Gewerkschaften für das Bündnis gegen S21 zu gewinnen. So organisierte die SAV einen „französischen Block“ bei der Demo des DGB am 13. November 2010 unter dem Motto „Kämpfen gegen Stuttgart 21! Streiken wie in Frankreich!“ Für die Reformisten der SAV ist wie bei allen „guten“ Sozialdemokraten die Bewegung alles und das Ziel, und sei es auch nur eine grobe Klassenlinie zu ziehen, nichts. Die GAM jammert in der Oktoberausgabe der *Neuen Internationalen* über den „großen Eiertanz“ der Gewerkschaftsführung, insbesondere der IG Metall. So argumentiert die GAM, dass die IG-Metallführung darauf verzichtet, „die ArbeiterInnen und Angestellten, die gegen S21 mobilisieren, auch für den Kampf mit und in den Gewerkschaften zu gewinnen.“ Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die Arbeiterbewegung sollte die Angriffe auf die Arbeiterklasse und die Armen und Unterdrückten mit den Mitteln des Klassenkampfes zurückschlagen, statt sich, wie bei Protesten in Stuttgart, bürgerlichen Kräften unterzuordnen, was nur zur weiteren Desorientierung der Arbeiterbewegung führen kann.

Ein Beispiel für die fatale Politik von SAV, GAM und Co. ist die Kundgebung der „Gewerkschafter gegen Stuttgart 21“ am 13. November 2010. Die Reformisten der SAV schreiben unter der Zwischenüberschrift „Gewerkschafter gegen Stuttgart 21“: „Walburga Bayer von den Parkschützern (und den *Unternehmern* gegen Stuttgart 21) nahm die Propaganda auseinander, Stuttgart 21 schaffe Arbeitsplätze“ (unsere Hervorhebung). Für Frau Bayer sind die Arbeitsplätze, die von Arbeitern aus Ost- oder Südeuropa ein-

genommen werden, offensichtlich keine wirklichen Arbeitsplätze. So sagte sie in ihrer Rede:

„Tag für Tag ... hören wir, wie gebetsmühlenartig ein Totschlagsargument verteidigt wird: Die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Tatsächlich wurden vom Zoll beim Abriss des Nordflügels bei elf überprüften Arbeitern acht illegale Arbeitsverhältnisse aufgedeckt... Um die Kosten für das Projekt Stuttgart 21 niedrig zu halten, muss Stuttgart zwangsläufig, auf Billiglohnarbeiter zurückgegriffen werden. Billiglohnarbeiter, die dann, wie Vieh, mitten auf der Baustelle in Containern leben.“

Ihre Klage über „illegale Arbeitsverhältnisse“ ist eine Rechtfertigung der brutalen Menschenjagd von Zoll und Polizei. Die SAV wäscht Frau Bayers Rede weiß. Auch Bernd Riexinger, Ver.di-Geschäftsführer in Stuttgart und Sprecher des Landesvorstands der Partei Die Linke, distanzierte sich in seiner Rede in keiner Weise von Bayer, sondern suchte den Schulterchluss mit dem „Bündnis“ und argumentierte für

„mehr Demokratie“, also für einen etwas netteren Kapitalismus, wo den Massen wenigstens das Gefühl gegeben wird, dass man ihnen zugehört hat.

Gegen das rassistische Ausspielen von Arbeitern verschiedener Nationalität gegeneinander stellen wir Kommunisten unser Programm, das die größtmögliche Einheit aller Arbeiter zum Ziel hat: So sind wir für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und für gewerkschaftliche Kontrolle von Einstellungen. Auf den Baustellen ist es notwendig, für die gewerkschaftliche Kontrolle der Löhne und Arbeitsbedingungen einzutreten. Wir sind für Klassenkampfmaßnahmen gegen Razzien von Polizei und/oder Zoll, die sich gegen „illegale“ Arbeiter auf Baustellen richten. Abschiebungen können und müssen durch Gewerkschaftsaktionen gestoppt werden. Es ist dringend notwendig, die Unorganisierten, Leiharbeiter und andere zu organisieren. Eine Arbeitsverkürzung auf 30 Stunden Arbeit bei 40 Stunden Lohn würde die Arbeitslosigkeit stark dämpfen. Die Arbeiterbewegung muss das Recht auf Arbeit für alle, die hier leben, erkämpfen. Schluss mit der antiislamischen Hexenjagd von Staat und kapitalistischer Presse. Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben!

Pseudotrotzkistische Bernsteinianer: Die Bewegung ist alles ...

Winfried Wolf, ehemaliger Pseudotrotzkist und gewesener PDS-Bundestagsabgeordneter, ist seit 1994 gegen das Projekt S21 engagiert und sichtbar stolz darauf. Bei der Stuttgarter Demo am 3. September 2010 fasste er die Frage, um die es geht, so zusammen: „Wem gehört die Stadt“, um dann über die Frage von Demokratie zu dozieren. Die wirkliche Antwort auf die Frage, wem die Stadt gehört, hat Wolf einmal gewusst: den Kapitalisten! Jetzt versucht er zusammen mit der Partei Die Linke diese simple Wahrheit zu verstecken. Das hilft nur die Position der Kapitalisten zu verfestigen und schürt Illusionen darüber, eine Verhinderung von S21 würde irgendetwas an den Verhältnissen ändern, wem die Stadt gehört. Die Linkspartei macht, wo immer sie an der Macht ist, die gleichen Sauerereien, wie auch der Berliner Senat beweist, der die Wasserwerke privatisiert hat und Vorreiter war bei den Angriffen auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, mit Winnie Wolfs altem Kumpel Harald Wolf (Die Linke) in zentraler Verantwortung als

Wirtschaftssenator.

Die GAM hat noch nicht alles vergessen, was sie bei Lenin und Trotzki gelesen hat. So schreibt sie in ihrem Flugblatt vom 1. Oktober 2010, scheinbar revolutionär, dass in Solidarität mit den Demonstranten gegen die Polizei in den Betrieben mobilisiert werden soll: „Gerade dort [in den Betrieben] sollten GewerkschafterInnen, Vertrauensleute, Betriebsräte umgehend Belegschafts- und Abteilungsversammlungen einberufen, um über die Polizeigewalt aufzuklären, UnterstützerInnen zu gewinnen und *politische Solidaritätsstreiks* zu organisieren.“ Das ist zweifellos richtig, und die GAM redet sogar darüber, dass Arbeitermilizen notwendig sind. Wenn man sich aber die Perspektiven der GAM anguckt, dann wird offensichtlich, dass diese linke Rhetorik gegen die Polizei nichts anderes als eine Abdeckung für eine rechte Politik ist, die die Klassenlinie verwischt. In einer Rede vom 27. November 2010 gibt sie das Ziel an, „die ArbeiterInnen und ihre Organisationen für die Beerdigung von S21“ zu gewinnen, d.h. für die bürgerlich geführte Bewegung. Aber nicht nur das, sie will auch das Beispiel von Arbeiterräten der Russischen Revolution und der frühen Sowjetunion auf das klassenkollaborationistische Bündnis in Stuttgart anwenden. Die Rednerin der GAM führte allen Ernstes aus:

„Wir sagen der Mehrheit der ‚Bewegung‘, die noch Illusionen in die Schlichtung hat, aber auch: Vertraut Euren VerhandlungsführerInnen nicht! Organisiert Euch in Aktionskomitees, die ihre Delegierten selber wählen und zur Verantwortung ziehen können!

Das ist die Sorte Demokratie, die wir überhaupt für die Bewegung gegen S21 wollen: direkte Demokratie von unten, bei der die handelnde Basis ihre Abgeordneten jederzeit kontrolliert. In der Geschichte der Arbeiterbewegung hat dieses Demokratiemodell einen Namen: Räte. Sie sind der bürgerlich-parlamentarischen Fassademokratie, der Lügen-, Verdummungs- und Betrugsdemokratie entgegengesetzt, in der die Abgeordneten nur ihrem Willen, ihrer Brieftasche und den Wünschen der Konzerne verpflichtet sind, aber nicht den elementaren Lebensinteressen der großen Masse der WählerInnen. Der ganze Staats- und Justizapparat, Richter, Armee, Polizei und Beamte sind erst gar nicht gewählt, sie sind hierarchisch nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam strukturiert und ihre Befehlsgeber mit tausend Fäden und vielen materiellen Privilegien mit den Interessen der herrschenden Kapitalistenklasse verbunden wie eine Marionette dem Drahtzieher.“

Die reformistischen Gelüste angesichts einer „Bewegung“ führt die GAM offensichtlich dazu, zu „vergessen“, dass es bei den Räten der Russischen Revolution nicht um „Basisdemokratie“ à la Grünen ging, sondern grundlegend um den Aufbau eines Arbeiterstaates, der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Die Versuche der GAM, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, haben nicht zum Ziel, die Arbeiterklasse *in ihrem eigenen Klasseninteresse* zu mobilisieren, sondern die GAM *ordnet* mit linker Rhetorik die Arbeiterklasse ihren gerade favorisierten Bewegungen *unter*. Ihr wahres Vorbild ist der sozialdemokratische Revisionist Eduard Bernstein, der gegen die Marxisten polemisierend sagte: Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts. GAM, SAV und Co. laufen offen



Thomas Ränge

Dortmund, November 2010: IG Metallern protestieren gegen Sparpolitik der CDU/FDP-Bundesregierung

bürgerlichen Bewegungen hinterher und arbeiten hart daran, die Arbeiterklasse diesen unterzuordnen.

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Diese Pseudotrotzkisten sind das Gegenteil von dem, was gebraucht wird. Junge Leute, die sich politisieren und ihre ersten Erfahrungen machen mit staatlicher Repression und auch mit der Verratspolitik von Sozialdemokraten und ihren linken Anhängseln, sollten sich mit der Programmatik des wirklichen revolutionären Sozialismus, des Trotzismus, wie er in der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) verkörpert ist, bekannt machen. Das Ziel von uns Spartakisten ist, die Arbeiterklasse in ihrem eigenen Klasseninteresse zu mobilisieren und damit das Bewusstsein über ihre eigene Macht zu stärken. Die IKL und ihre europäischen Sektionen tragen das revolutionäre Programm in die Klassenkämpfe mit dem Ziel, leninistische Avantgardeparteien herauszubilden als Teil der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution.■

Bestellt!

„Für internationale sozialistische Planwirtschaft!“

Zweiteiliger Artikel aus Spartakist Nr. 179, September 2009, und Spartakist Nr. 180, November 2009

€ 1,-

Zu beziehen über die Verlagsanschrift



SPARTAKIST

Stuttgart 21, Polizeiterror und die Linke



Michael Dalder/Reuters

Stuttgart, 30. September 2010: Brutaler Polizeieinsatz gegen Demonstration von Schülern im Schlosspark

In Griechenland finden seit letztem Winter wieder und wieder Demonstrationen und Proteststreiks gegen die wegen der kapitalistischen Krise verhängten Sparmaßnahmen statt, hinter denen die kapitalistische EU und deren Kraftzentrum, der deutsche Imperialismus, stehen. In Portugal kam es am 24. November 2010 zu einem machtvollen Generalstreik, durch den 98 Prozent der Flüge ausfielen. Streikpostenketten der portugiesischen Postarbeiter wurden von der Polizei mit Pfefferspray angegriffen. In Spanien beteiligten sich 70 Prozent der organisierten Arbeiter an einem Generalstreik. Gegen einen Streik der Fluglotsen Anfang Dezember 2010 setzte die kapitalistische Regierung des „Sozialisten“ Zapatero das Militär ein und rief den Notstand aus – das erste Mal seit Ende der Franco-Diktatur 1975. Im irischen Dublin gingen Ende November 2010 mehr als 100 000 auf die Straße, um gegen die Politik der Regierung zu demonstrieren, die mit Milliarden Euro die Verluste der irischen Banken verstaatlichte und damit auch die britischen und deutschen Banken auf Kosten der irischen Arbeiter und Armen rettete. In Frankreich kam es zu mehrtägigen Streiks, die aufgrund der Teilnahme der Arbeiter in den Raffinerien fast zum Zusammenbruch des gesamten Verkehrs führten. Der Streik der Raffineriearbeiter wurde durch Polizeian-

griffe auf ihre Streikpostenketten gebrochen. In Warschau demonstrierten tausende Arbeiter gegen die Sparpolitik der polnischen Regierung und in Tschechien streikten Staatsbedienstete.

Während in weiten Teilen Europas die Arbeiterbewegung in harten Abwehrkämpfen etwas von ihrer sozialen Macht zeigte und zum Teil mit brutaler Gewalt der kapitalistischen Regierungen konfrontiert war, blieb es in Deutschland sehr ruhig. Zu den lahmen Demos der DGB-Gewerkschaften am 13. November 2010 kamen etwa 100 000 Arbeiter, trotz der und zum Teil gegen die Politik der Gewerkschaftsbürokraten, die den Ausweg aus der Krise verräterischerweise in der nationalen Einheit mit der Regierung sehen und keinen Klassenkampf wollen. So kam es, dass seit dem Spätsommer die von den bürgerlichen Grünen und deren Umfeld geführten Proteste gegen das Projekt „Stuttgart 21“ (S21) zur Verlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs unter die Erde die Zuspitzung der sozialen Proteste in Deutschland bildeten. Diese Tatsache ist an und für sich selbst ein Verdammungsurteil gegen die Demobilisierungspolitik von SPD, Die Linke und der mit ihnen verbundenen Gewerkschaftsbürokratie, wenn man sich vor Augen führt, dass die

Fortgesetzt auf Seite 23

Polizei raus aus dem DGB!